



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

21. Sitzung

Hannover, den 1. November 2013

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 25:

Mitteilungen des Präsidenten	1819
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	1819

noch:

Tagesordnungspunkt 14:

Dringliche Anfragen	1819
----------------------------------	------

b) **Welche Aufgaben und regionalen Zuständigkeiten werden die vier Landesbeauftragten haben?** - Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 17/854

Jörg Bode (FDP)	1819, 1825, 1830
Stephan Weil , Ministerpräsident	1820 bis 1830
Dr. Alexander Saipa (SPD)	1822
Maximilian Schmidt (SPD)	1822
Mustafa Erkan (SPD)	1823
Horst Kortlang (FDP)	1824
Christian Grascha (FDP)	1824, 1828
Frank Oesterhelweg (CDU)	1824, 1827, 1829
Helmut Dammann-Tamke (CDU)	1826, 1829
Maaret Westphely (GRÜNE)	1827
Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)	1830

Tagesordnungspunkt 26:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/835	1831
---	------

Frage 1:

IPCC-Bericht ernst nehmen - Konsequenter Klimaschutz für Niedersachsen	1831
Volker Bajus (GRÜNE)	1831, 1849
Stefan Wenzel , Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz	1831 bis 1854

Marcus Bosse (SPD)	1837
Jan-Christoph Oetjen (FDP)	1837
Thomas Schremmer (GRÜNE)	1838, 1851
Martin Bäumer (CDU)	1838, 1845
Axel Miesner (CDU)	1839, 1845
Karsten Becker (SPD)	1840
Uwe Santjer (SPD)	1840
Dr. Gero Hocker (FDP)	1841
Gerald Heere (GRÜNE)	1842
Frank Henning (SPD)	1842
Almuth von Below-Neufeldt (FDP)	1843, 1846
Gabriela König (FDP)	1844, 1853
Ernst-Ingolf Angermann (CDU)	1845, 1847
Helmut Dammann-Tamke (CDU)	1847
Dr. Stefan Birkner (FDP)	1848, 1851
Helge Limburg (GRÜNE)	1848
Jörg Hillmer (CDU)	1849
Horst Kortlang (FDP)	1850
Hermann Grupe (FDP)	1850
Jörg Bode (FDP)	1852, 1853
Dr. Marco Genthe (FDP)	1852

(Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 43, die nicht in der 21. Sitzung des Landtages am 01.11.2013 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/881 abgedruckt.)

Tagesordnungspunkt 28:

Erste Beratung:

Weiterentwicklung der Gesundheitsregionen für eine wohnortnahe, leistungsfähige und sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/828	1854
Uwe Schwarz (SPD)	1854, 1858

Norbert Böhlke (CDU).....	1856, 1858
Thomas Schremmer (GRÜNE)	1858
Björn Försterling (FDP)	1860
Cornelia Rundt , Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration	1860
<i>Ausschussüberweisung</i>	1861

Tagesordnungspunkt 29:

Erste Beratung:

**Das Landesamt für Geoinformation und Landent-
wicklung Niedersachsen in seiner erfolgreichen
Struktur erhalten** - Antrag der Fraktion der CDU -

Drs. 17/824	1861
Frank Oesterhelweg (CDU)	1861, 1870
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)	1864
Jan-Christoph Oetjen (FDP)	1865, 1868, 1871
Ulrich Watermann (SPD)	1866
Christian Meyer , Minister für Ernährung, Land- wirtschaft und Verbraucherschutz	1867, 1869, 1870
<i>Ausschussüberweisung</i>	1871

Nächste Sitzung 1871

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführerin	Elke Westen (GRÜNE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg Mielke, Staatskanzlei
	Staatssekretär Stephan Manke, Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD)	Staatssekretär Frank Doods, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration Cornelia Rundt (SPD)	Staatssekretär Jörg Röhmann, Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration
Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD)	
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Olaf Lies (SPD)	Staatssekretärin Daniela Behrens, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Christian Meyer (GRÜNE)	
Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)	
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	Staatssekretärin Andrea Hoops, Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel (GRÜNE)	Staatssekretärin Almut Kottwitz, Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 9.02 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 21. Sitzung im 9. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 17. Wahlperiode.

Gemeinsam mit dem Präsidium wünsche ich Ihnen einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Ich darf im Einvernehmen mit den Schriftführern sogleich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Tagesordnungspunkt 25:

Mitteilungen des Präsidenten

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung, wie bereits bekannt, mit Tagesordnungspunkt 14 b, der Behandlung der Dringlichen Anfrage der Fraktion der FDP. Anschließend setzen wir die Beratungen bis auf den bereits gestern behandelten Tagesordnungspunkt 27 in der Reihenfolge der Tagesordnung fort.

Die heutige Sitzung soll gegen 12.35 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin Frau Rakow mit.

Schriftführerin Sigrid Rakow:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung Herr Innenminister Boris Pistorius und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Julia Willie Hamburg.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Fortsetzung von

noch:

Tagesordnungspunkt 14:

Dringliche Anfragen

Jetzt behandeln wir die Dringliche Anfrage b. Das Verfahren ist Ihnen bekannt. Ich bitte nur noch einmal darum, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden - so Sie das wollen -, damit wir hier einen Überblick über die Zusatzfragen haben.

Die Dringliche Anfrage b lautet wie folgt:

b) Welche Aufgaben und regionalen Zuständigkeiten werden die vier Landesbeauftragten haben? - Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 17/854

Zum Vortrag der Frage hat sich für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Bode zu Wort gemeldet. Herr Bode, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten. Sie wissen, wir haben heute *viel* Zeit. Aber man muss es nicht darauf anlegen! - Bitte sehr!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Welche Aufgaben und regionalen Zuständigkeiten werden die vier Landesbeauftragten haben?

Für das kommende Jahr plant die Landesregierung die Schaffung von vier Landesämtern für Regionalmanagement Niedersachsen, verbunden mit vier Stellen für Landesbeauftragte sowie den zugehörigen Mitarbeiterstäben in einer Größe von bis zu 300 Mitarbeitern pro Landesamt. Überwiegend sollen die neuen Mitarbeiter aus vorhandenen Behörden kommen und aus bewährten Strukturen wie dem Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) oder den Ministerien entnommen werden. Darüber hinaus werden u. a. hoch dotierte neue Stellen geschaffen.

Insgesamt führen die Planungen zu Kritik in der Öffentlichkeit und beim Landesrechnungshof, u. a. weil es an Konzepten und klaren Aufgaben- und Verantwortungsbereichen fehlt. Die Folge ist eine Beunruhigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie sie z. B. im offenen Brief der Beschäftigten des LGLN zum Ausdruck gekommen ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche regionalen Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, Aufgabenbereiche und Kompetenzen werden die vier Landesbeauftragten, die in rund 60 Tagen ihren Dienst antreten sollen, haben?

2. Wie wird das Koordinieren der „Landesentwicklungspolitik für die Menschen in der Region mit den Menschen in der Region“, im Zweifel sogar die

Koordination der Bauleitplanung und die regionale Presseauswertung in der jeweiligen Region - so die *Braunschweiger Zeitung* vom 19. Oktober 2013 -, der vier Landesbeauftragten erfolgen, und auf welchen gesetzlichen Grundlagen wird dies basieren?

3. Weshalb wird das Gebiet des Südniedersachsenplanes nicht gebündelt betreut, sondern auf zwei Landesämter für Regionalmanagement zu je 200 bis 300 Mitarbeitern - so die *Neue Presse* vom 24. Oktober 2013 - aufgeteilt, und wie verträgt sich dieses mit dem sogenannten integrierten Entwicklungskonzept, das die Landesbeauftragten schreiben sollen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bode. - Für die Landesregierung antwortet Herr Ministerpräsident Weil. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Regionalpolitik der Landesregierung sollen künftig alle Teilräume unseres Landes gleichwertige Chancen für eine gute Entwicklung erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, muss das Land einen Gestaltungsrahmen setzen, die erforderlichen Maßnahmen für eine regionale Landesentwicklung koordinieren, inhaltliche Schwerpunkte definieren und regionale Kooperationen unterstützen. Das ist unser Ansatz einer aktiven Regionalpolitik, die in diesem Lande zehn Jahre lang eben nicht praktiziert wurde.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Regionalpolitik wird derzeit eng mit der EU-Förderpolitik für den nächsten Agendazeitraum von 2014 bis 2020 abgestimmt; denn wir wollen mit der derzeit stattfindenden Ausgestaltung der operativen Programme für diese kommende EU-Förderperiode die Grundlage dafür schaffen, dass eine bestmögliche, auf die tatsächlichen regionalen Bedarfe zugeschnittene Förderpolitik entsteht. Das ist umso notwendiger und auch umso anspruchsvoller, als - wie bereits mehrfach im Landtag ausgeführt wurde - starke Mittelerückgänge bei den EU-Strukturfonds aufzufangen sind.

Hierbei wird den vier Landesbeauftragten, die den Ämtern für regionale Landesentwicklung vorstehen werden, eine entscheidende Aufgabe zuwachsen.

Sie werden im Rahmen der Neuausrichtung der EU-Strukturpolitik künftig regional abgestimmte Handlungsstrategien erarbeiten und Maßnahmen vorbereiten, um den sehr unterschiedlichen regionalen Anforderungen zu entsprechen. Diese regionale Landesentwicklung wird eng auf die verschiedenen EU-Strukturfonds abgestimmt, um eine zielgenaue Förderpolitik anhand der konkreten Bedarfe gewährleisten zu können.

Ziel dieser Regionalisierungsstrategie wird es sein, die EU-Mittel künftig schwerpunktmäßig dort einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden und wo sie zugleich die größtmögliche Wirkung entfalten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Wie bisher! Sie wollen also nichts ändern!)

Der Prozess zur Einrichtung der Landesbeauftragten läuft derzeit. Das Kabinett hat in seiner letzten Sitzung den Arbeitsstand des Aufbaustabes zur Einrichtung von vier Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung zur Kenntnis genommen und beschlossen, die betroffenen Personalvertretungen über den Stand der Beratungen zu unterrichten. Diese Unterrichtung erfolgt gemäß § 75 des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes. Dem Ergebnis der Benehmensherstellung kann hier heute naturgemäß nicht vorgegriffen werden. Insofern geben die nachfolgenden Ausführungen den derzeitigen Planungsstand wider.

Zuvor wurde bereits am 27. September ein erstes Gespräch mit den Personalräten geführt, ein weiteres wird am 6. November folgen. Selbstverständlich wurde das Thema auch mit den Gewerkschaften des DGB und dem Niedersächsischen Beamtenbund ausführlich besprochen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Mit Wirkung zum 1. Januar 2014 sollen vier Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung eingesetzt werden, die die neuen Ämter für regionale Landesentwicklung leiten sollen.

(Jens Nacke [CDU]: Ich glaube, das sehe ich anders!)

Dabei handelt es sich konkret um das Amt für regionale Landesentwicklung in Braunschweig sowie um dieselben Ämter in Hildesheim, in Lüneburg und schließlich in Oldenburg.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist ja nichts Neues!)

Den Kern des organisatorischen Zuschnitts bilden die Verschmelzung der derzeit bestehenden Regierungsvertretungen mit den Ämtern für Landentwicklung einschließlich der Domänen- und Moorverwaltung des LGLN. Dabei sollen alle bisherigen Ämter für Landentwicklung des LGLN als Geschäftsstellen in der Fläche erhalten bleiben. Eine Ausnahme ergibt sich für das Amt für Landentwicklung in Hannover. Dieses Amt wird nach Hildesheim verlagert.

Mit den vier neuen Ämtern für regionale Landesentwicklung beabsichtigt die Landesregierung, in den Regionen handlungsfähige Einheiten zu schaffen, wobei die jeweilige Gebietskulisse der bisherigen räumlichen Gliederung der Europäischen Union - die sogenannte NUTS-2-Ebene - entsprechen soll, und das sind die ehemaligen Regierungsbezirke, die wir alle ja noch kennen.

Die Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung sollen insbesondere ressortübergreifende regionale Entwicklungskonzepte und Förderprojekte gemeinsam mit den regionalen Partnern vor Ort initiieren, koordinieren, bündeln und dann auch realisieren.

Während sich die Regierungsvertretungen früher auf die Analyse und Vorschläge für die Landesentwicklung beschränkten, sollen die neuen Ämter künftig diese Vorschläge durch konkrete EU-Förderprojekte umsetzen. Ihr Aufgabenportfolio umfasst daher:

Die regionale Koordinierung und Mitwirkung bei der Umsetzung von EFRE, ESF und ELER, die regionale deutsch-niederländische grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die Zuständigkeit für das Programm INTERREG A - das betrifft nur Oldenburg -, die transnationale Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG B und C, die Zuständigkeit für Metropolregionen und länderübergreifende Zusammenarbeit, die Themen Landesentwicklung, Projektmanagement, Raumordnung und Demografie, die Moderation und Begleitung infrastruktureller Großprojekte mit regionalem oder überregionalem Bezug im Auftrag des jeweiligen Fachressorts, die Programme Europe Direkt und das Europabüro, Fragen der Bauleitplanung, Genehmigung von Flächennutzungsplänen und der Städtebauförderung, die interkommunale Zusammenarbeit, Konversionen und Stiftungswesen, Fragen des Tourismus, Fragen der Strukturförderung im ländlichen

Raum, Themen der Flurbereinigung und des Landmanagements und schließlich Angelegenheiten der Domänen- und Moorverwaltung.

Letztlich geht es darum, die Handlungsfähigkeit und Präsenz der Landesregierung in der Fläche zu stärken. Zudem trägt die Bündelung staatlicher Aufgaben mit regionalentwicklerischen Bezügen in den Ämtern für Regionalmanagement dazu bei, die Kommunen bei der Aufgabenwahrnehmung gezielt zu unterstützen und die Ministerien zugunsten der Wahrnehmung von strategischen Aufgaben zu entlasten.

Zur zweiten Frage: Um die Regionalpolitik der Landespolitik in der Fläche zu koordinieren und um eine regionalisierte Landesentwicklung betreiben zu können, werden in den Ämtern für regionale Landesentwicklung Fachaufgaben mit klaren regionalentwicklerischen Bezügen aus der Staatskanzlei, dem MI, dem ML, dem MS und dem MW gebündelt. Das sind diejenigen Aufgaben, die ich bereits genannt hatte. Auf diese Weise werden unterschiedliche fachliche Aspekte zugunsten eines einheitlichen Auftretens des Landes in einer Region in einer Hand integriert.

Landesgesetzliche Grundlagen für die Arbeit in den Ämtern für die regionale Landesentwicklung bilden dabei u. a. das Niedersächsische Raumordnungsgesetz, die Niedersächsische Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuchs, das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz und das Niedersächsische Stiftungsgesetz.

Zur dritten Frage: Mit Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, dass der Abgeordnete Gräschke im Stadtradio Göttingen die Einsetzung eines Regionalbeauftragten für Südniedersachsen mit Sitz in Göttingen gefordert hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der SPD: Aha!
- Ronald Schminke [SPD]: Sehr sympathisch, der Mann! - Björn Thümler [CDU]: Herr Schminke will das auch!)

Ich freue mich sehr, dass nunmehr offenbar auch die FDP die Notwendigkeit erkannt hat, Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung einzusetzen. Herzlichen Dank dafür!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP]: So ist das, wenn man nur die Überschrift liest!)

Allerdings orientiert sich die Landesregierung, wie ich ausgeführt habe, bei der territorialen Zuordnung an die einzelnen Landesbeauftragten an den früheren Regierungsbezirken.

(Christian Grascha [FDP]: Warum eigentlich?)

Südniedersachsen gehört danach größtenteils zum Amt für regionale Landesentwicklung in Braunschweig. Davon nicht erfasst ist lediglich der Landkreis Holzminden, der dem Amt für regionale Landesentwicklung in Hildesheim zugeordnet ist. Durch eine besonders enge Zusammenarbeit sowie Einbeziehung dieses Landkreises in die fachliche Diskussion wird aber auch in dieser Hinsicht eine integrierte Planung gewährleistet werden können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Es gibt jetzt eine erste Zusatzfrage. Herr Dr. Saipa, Fraktion der SPD, bitte sehr!

Dr. Alexander Saipa (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die zukünftigen Aufgaben der Ämter für regionale Landesentwicklung fällt auf, dass ihnen keine Landesaufgaben aus dem Bereich des Umwelt- und Naturschutzes zugeordnet sind. Deswegen frage ich die Landesregierung: Warum sind diese Aufgaben im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes nicht den zukünftigen Ämtern zugewiesen?

(Jörg Bode [FDP]: Die Frage wird doch wohl nicht vorbereitet gewesen sein! - Jens Nacke [CDU]: Der Ministerpräsident hat einen blauen Zettel!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie ich eben ausgeführt habe, haben wir uns bei der Strukturierung der vorgesehenen Ämter um eine klare Profilierung anhand der regionalentwicklerischen Aufgaben bemüht. Wir wollen damit insbesondere auch die EU-Fördermittel in den einzelnen Regionen zusammenfassen.

Das ist übrigens auch der eigentliche Grund dafür, dass wir vorschlagen werden, eine Trennung von der Kataster- und Vermessungsverwaltung innerhalb des LGLN vorzunehmen. Während es sich bei diesem Block um Entwicklungs- und planerische Aufgaben handelt, sind die Aufgaben der Kataster- und Vermessungsverwaltung in erster Linie technische und dienstleistungsorientierte Aufgaben. Dieser Unterschied führt in der Tat zu dieser organisatorischen Änderung.

Im Übrigen haben wir uns - gerade auch um dem Verdacht vorzubeugen, hier entstünden neue Bezirksregierungen -

(Björn Thümler [CDU]: Echt?)

an dieser Stelle selbstverständlich um die notwendige Begrenzung bemüht. Das ist die Formation, mit der wir an den Start gehen werden. Wir sind davon überzeugt, dass sie Erfolg haben wird. Ob sich in künftigen Jahren - nachdem man Erfahrungen gesammelt hat - an der einen oder anderen Stelle eine Aufgabenarrondierung ergeben wird, das wissen wir heute nicht. Aber wir haben den Eindruck, dass die Startformation so, wie ich sie Ihnen vorgetragen habe, tatsächlich eine gute Grundlage für die Arbeit insbesondere im Zusammenhang mit der jetzt beginnenden EU-Förderperiode darstellt.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Maximilian Schmidt, SPD-Fraktion. Bitte sehr!

Maximilian Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Opposition in diesem Hause den Aufbau der neuen regionalen Landesentwicklung als „Zerschlagung des LGLN“ betitelt hat, frage ich die Landesregierung: Handelt es sich beim LGLN eigentlich um eine Einheitsbehörde wie z. B. die Landesschulbehörde und die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter, oder welche Struktur finden wir beim LGLN vor?

(Björn Thümler [CDU]: Das können wir auch so beantworten! Das wissen wir doch alle! - Jens Nacke [CDU]: Und wieder ein blauer Zettel!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Weil!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das LGLN, wie es sich heute zusammensetzt, ist ganz gewiss keine klassische Einheitsbehörde. Es ist zu Beginn des Jahres 2011 errichtet worden und entspricht eher - wenn ich das so sagen darf - einer Holding äußerst unterschiedlicher Verwaltungsaufgaben, obendrein in jeweils unterschiedlicher Zusammensetzung.

Im Einzelnen setzt sich das LGLN aus 3 Geschäftsbereichen und 14 Regionaldirektionen mit 53 organisatorisch unselbstständigen sogenannten Katasterämtern, 11 Ämtern für Landentwicklung, 14 Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte, 4 sogenannten Domänenämtern, 1 staatlichen Moorverwaltung, 1 Kampfmittelbeseitigungsdienst und 1 Servicezentrum Landentwicklung und Agrarförderung zusammen. Hinzu kommt der Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation.

Man kann also sagen: Das LGLN bildet ein Dach für sehr unterschiedliche Verwaltungsaufgaben, die untereinander nicht unbedingt in einem engen Verhältnis stehen. Unser Vorschlag besteht darin, diese Holding zu entflechten und sinnvoll neu zu ordnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das wusste das LGLN bis eben nicht, dass es eine Holding ist!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt vom Kollegen Mustafa Erkan, Fraktion der SPD. Bitte sehr!

Mustafa Erkan (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Debatte zur Erhaltung der Dachstruktur des LGLN werden oft die fachlichen Synergien angeführt. Ich frage daher die Landesregierung: Worin bestehen diese fachlichen Synergieeffekte?

(Björn Thümmler [CDU]: Das ist einmal eine Frage! - Jens Nacke [CDU]: Auch ein blauer Zettel! Hoffentlich der richtige Zettel, Herr Ministerpräsident!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident Weil, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe vorhin bereits ausgeführt: Man kann sagen, es gibt im Wesentlichen zwei unterschiedliche Blöcke - die Fragen der Landentwicklung einerseits, die Vermessungs- und Katasterverwaltung andererseits. Sieht man einmal von sehr geringen Synergieeffekten durch die Vermessungstätigkeit der Katasterverwaltung für die Flurbereinigung ab, gibt es nach der Analyse der betroffenen Fachressorts keine nennenswerten fachlichen Synergieeffekte.

Deswegen sind in diesem Zusammenhang auch keine integrativ verwobenen Arbeitsbezüge gefährdet, auseinandergerissen zu werden. Es gibt sie nämlich nicht. Wir haben uns das im Vorfeld sehr genau angeschaut und die Situation analysiert. Das ist das Ergebnis eines Vorschlages eines interministeriellen Arbeitskreises, dem alle Fachressorts sehr überzeugt gefolgt sind. Wir wollen hier zu einer Neustrukturierung gelangen. Wir wollen hier zur geschilderten Neuordnung kommen. Auf diese Art und Weise reißen wir tatsächlich nichts mutwillig auseinander, sondern fügen Teilbereiche sinnvoll zusammen.

Durch die Bündelung bei den Landesbeauftragten verbleiben im LGLN allein die zusammengehörenden Teile der Vermessungs- und Katasterverwaltung. Das heißt, wir reden dann über Arbeitsbereiche, die tatsächlich etwas miteinander zu tun haben: Vermessung und Liegenschaftskataster, Grundstückswertermittlung und städtebauliche Bodenordnung, Geobasisinformation und Geodatenmanagement. Das ist dann wirklich ein Gefüge, in dem es deutlich Bezüge zueinander gibt. Die anderen Bereiche werden, wie gesagt, in einem Entwicklungsteil bei den Landesbeauftragten zusammengefasst.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Abgeordneter Kortlang, Fraktion der FDP. Bitte sehr!

Horst Kortlang (FDP):

Verehrtes Präsidium! Meine Damen! Meine Herren! Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Herr Ministerpräsident Weil hier gerade gesagt hat, dass die Flächennutzungsplan- und Bauleitplanänderungen von den Regionalbeauftragten übernommen werden - so habe ich es jedenfalls mitbekommen -, frage ich die Landesregierung: Werden künftig die Möglichkeiten und Kompetenzen der Landkreise, der Kreistage, der Landräte, der Ministerien oder der Staatskanzlei zugunsten der Regionalbeauftragten beschränkt? Falls ja, in welchem Umfang?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kortlang. - Herr Ministerpräsident Weil, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kollege Kortlang, vielen Dank für die Frage. Die Antwort ist klipp und klar: Nein. Selbstverständlich werden die kommunalen Kompetenzen an dieser Stelle in keiner Weise berührt. Ganz im Gegenteil: Davon, dass die entsprechenden Landesaufgaben regionalbezogen - ortsnäher - zusammengefasst werden, erwarten wir, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Kommunen in den einschlägigen Fragestellungen wesentlich effektiviert und verbessert werden kann. Das ist unser Angebot an die Kommunen in diesem Zusammenhang.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP]: Und die Ministerien?)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, die nächste Zusatzfrage kommt ebenfalls von der Fraktion der FDP. Der Abgeordnete Grascha hat das Wort. Bitte sehr!

Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Sonderstaatssekretärin, Frau Honé, in der Ausgabe der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 29. Oktober ein Sonderprogramm für benachteiligte Landkreise gefordert hat, frage ich die Landesregierung: Welche Kriterien liegen diesem Sonderprogramm zugrunde, und welche Landkreise gehören dazu?

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Weil das Wort. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kollege Grascha, zunächst der Hinweis, dass Frau Honé Staatssekretärin ist. Das ist Ehre genug.

Wir haben niemals einen Hehl daraus gemacht, dass wir mit dem neuen Ansatz unserer Regionalpolitik insbesondere auch versuchen wollen, denjenigen Regionen mitzuhelfen - vorsichtig formuliert - und wieder Perspektiven zu vermitteln, die heute schon, erst recht aber unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung große Schwierigkeiten haben werden, diese Perspektiven von Neuem zu erarbeiten. Dazu bedarf es eines integrierten, aktiven Beitrages des Landes. Das soll sich dann auch selbstverständlich darin ausdrücken, dass wir bei der konkreten Förderpolitik, den projektscharfen Maßnahmen, diesen Aspekten eine ganz besondere Bedeutung beimessen werden.

Darüber hinaus - das ist hinlänglich auch hier in diesem Plenum bereits diskutiert worden - ist beabsichtigt, mit einem Programm für Südniedersachsen einen besonderen Schwerpunkt in einer Region zu setzen, die nach allen demografischen Prognosen, die wir kennen, eine besondere Herausforderung in ihrer Entwicklung hat. Ich habe den Eindruck, dass an dieser Stelle die neue Strategie des Landes Niedersachsen gerade in dieser Region als ausgesprochen hilfreich und dankbar aufgenommen wird. Sie ist dringend notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Oesterhelweg. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der sehr detaillierten Ausführungen des Ministerpräsidenten und der Pressemitteilung vom 29. Oktober der Staatskanzlei, in der es heißt „Personalvertretungen haben so

die Möglichkeit, Änderungsvorschläge zu unterbreiten und Einwände geltend zu machen“, frage ich die Landesregierung: In welcher Hinsicht und mit welchen Spielräumen sind Sie überhaupt bereit, auf Hinweise und Wünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzugehen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Herr Ministerpräsident Weil. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Die Antwort, Herr Kollege, ergibt sich nicht alleine aus dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz, das ja davon ausgeht, dass beiderseits eine konstruktive Zusammenarbeit hergestellt wird, sondern auch aus dem Anspruch der Niedersächsischen Landesregierung, selbstverständlich auch Belange der Beschäftigten mit einzubeziehen. Herr Innenminister Pistorius hat vorgestern an dieser Stelle bereits erstens unseren Respekt gegenüber den Beschäftigten sehr klar zum Ausdruck gebracht. Ich teile ausdrücklich diese Haltung. Dort ist gute Arbeit geleistet worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweitens hat Herr Minister Pistorius bereits zum Ausdruck gebracht, dass es für uns selbstverständlich ist, dass wir insbesondere auch auf Härtefälle eingehen werden.

Soweit seitens der Personalvertretung im Übrigen gute, noch bessere Vorschläge gemacht werden als diejenigen, die Gegenstand des Benehmensherstellungsverfahrens sind, wird sich die Landesregierung selbstverständlich in eine solche Diskussion hineinbegeben. Warten wir es miteinander ab, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Frank Oesterhelweg [CDU]: Warten wir es ab!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt von der Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Bode. Bitte sehr!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass der Herr Ministerpräsident auf die Frage des Kollegen Kortlang

nach Kompetenzverlagerungen zulasten der Landkreise oder aber auch der Ministerien und der Staatskanzlei hin zu den Regionalbeauftragten nur den ersten Teil nach den Kommunen beantwortet hat, könnte ich die Landesregierung fragen, ob sie beabsichtigt, den zweiten Teil jetzt noch nachzuliefern.

Ich tue dies aber nicht,

(Heiterkeit)

sondern möchte von der Landesregierung gerne wissen: Vor dem Hintergrund, dass für erfolgreiche regionale Entwicklungskonzepte insbesondere Infrastrukturmaßnahmen - wie beispielsweise Straßenbau, aber auch Verlagerung von Einrichtungen oder Institutionen, Hochschulforschungsbereichen etc. - entscheidend und wichtig sind, um Impulse zu setzen, frage ich die Landesregierung: Wie werden die Regionalbeauftragten bei der Frage von Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen, bei der Frage von Standortentscheidungen mit Kompetenzen ausgestattet? Werden sie eine eigene Entscheidungskompetenz bekommen, oder werden sie nur die Entscheidungen der Landesregierung, der Ministerien und der Staatskanzlei entgegennehmen müssen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Lieber Herr Kollege Bode, ich meine, den Sinn Ihres Hinweises auf Ihre nicht gestellte Frage verstanden zu haben, und will deswegen, Ihr Einverständnis voraussetzend, dann auf die nicht gestellte Frage hier gleichwohl antworten: Ich kann nämlich keinen Kompetenzverlust für Ministerien erkennen.

(Christian Dürr [FDP]: Was machen denn die Landesbeauftragten?)

Das hat auch folgenden Grund - da schlage ich dann die Brücke zu Ihrer gestellten Frage -: Die Landesbeauftragten werden in dieser Hinsicht tatsächlich ein Verständnis fortsetzen, das man in Niedersachsen aus der jahrzehntelangen erfolgreichen Arbeit der Regierungspräsidentinnen und -präsidenten kannte.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Aha!)

Dabei handelte es sich nämlich - - -

(Jens Nacke [CDU]: Deswegen müssen da jetzt Obersozis hin! - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Entweder Sie wollen die Antwort hören oder nicht!)

- Nein, ich glaube nicht!

(Zuruf von der FDP: Doch, doch! - Weitere Zurufe von der CDU und der FDP - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie doch einfach gespannt auf die Antwort! - Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich gebe mir Mühe.

(Björn Thümler [CDU]: Er hat den Spannungsbogen! - Jens Nacke [CDU]: Stimmt! Er ist stets bemüht!)

Präsident Bernd Busemann:

Sie haben das Wort!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Vielen Dank.

Denn die Regierungspräsidenten hatten Aufgaben im Auftrage des Landes und unter entsprechender Fachaufsicht der Ministerien. Sie haben diese Tätigkeit nach meinem Dafürhalten sehr effektiv genutzt, indem sie innerhalb der Landesregierung die notwendigen regionalen Gesichtspunkte offensiv eingebracht haben und insofern Anwälte ihrer Regionen gewesen sind. Das ist auch ausdrücklich der Anspruch an die künftigen Landesbeauftragten. Sie sollen Anwälte der Region in der Landesregierung sein. Auf der anderen Seite haben sie dann in Umsetzung eines einheitlichen Regierungshandelns diese Haltung der jeweiligen Landesregierung zu dem jeweiligen Thema konsequent in den Regionen vertreten und waren insofern einheitliche Ansprechpartner für die Regionen.

Insofern gehen Sie davon aus, dass diese Aufgabenstellung und diese Arbeitsweise in dieser Hinsicht auch in den neuen Landesbeauftragten eine Fortsetzung finden sollen. Durch die ersatzlose Abschaffung der Regierungspräsidenten ist in dieser Hinsicht ein Defizit entstanden,

(Christian Dürr [FDP]: Nein!)

das wir uns mit Blick auf die mit den Händen zu greifenden regionalen Probleme in Niedersachsen künftig nicht mehr werden leisten können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt ebenfalls von der Fraktion der CDU. Herr Kollege Dammann-Tamke hat das Wort.

(Jens Nacke [CDU]: Also reine Be-
fehlsempfänger! Sehr schön!)

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte die Landesregierung, meine Frage aufzuhellen, die sich mit dem Stichwort „ressortübergreifende Koordinierung“ befasst. Die Mittel aus dem ELER wurden in der Vergangenheit sehr erfolgreich von den Mitarbeitern der LGLN bearbeitet. Es handelt sich um die Mittel der Regionalentwicklung. Kein anderer Förderbereich seitens der EU - - -

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, die Frage bitte!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Kein anderer Förderbereich ist so reglementiert durch EU-Vergaben wie der ELER.

(Zurufe von der SPD: Die Frage!)

Die Frage, die sich mir in diesem Zusammenhang aufdrängt, ist, warum die Mitarbeiter -

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Ruhe, bitte!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

- der LGLN den Regierungsvertretungen zugeordnet werden. Wer aber als Landrat, Bürgermeister oder kommunaler Vertreter an EFRE- oder ESF-Mittel heran möchte, muss sich weiterhin an die NBank als Koordinierungs- und Bewilligungsbehörde wenden. Wo ist hier der Fortschritt in Bezug auf neue Strukturen der Regierungsvertretungen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Das war eine Frage mit viel Anlauf. - Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Der Vorteil, Herr Kollege, besteht darin, dass wir versuchen wollen, die Projekte aus ESF, EFRE und ELER miteinander zu verknüpfen, um auf diese Art und Weise eine möglichst breite Wirkung in den betreffenden Regionen hervorzubringen. Das ist auch deswegen von Belang - Sie wissen, dass gerade eine Diskussion über die erste und zweite Förderlinie der Landwirtschaft läuft -, weil Niedersachsen bestrebt ist, die Förderlinie beim ELER entsprechend auszubauen. An dieser Stelle wird sich auch ein breiteres Wirkungsfeld für den Einsatz von ELER-Mitteln ergeben.

Zusammengefasst: Sinn ist es, unter schwierigeren Bedingungen - denn die Fördermittel werden samt und sonders deutlich reduziert werden - gleichwohl eine maximale Effektivität und Effizienz für die betroffenen Regionen zu erzielen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Maaret Westphely. Bitte sehr!

Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die Staatskanzlei bereits drei der fünf geplanten Zukunftskonferenzen durchgeführt hat, würde mich interessieren, wie die Vorstellungen der Landesregierung zu der neuen regionalisierten Landesentwicklung vor Ort aufgenommen worden sind.

Danke.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Weil, bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat wurden inzwischen drei von fünf Zukunftskonferenzen durchgeführt, nämlich in

Braunschweig am 23. Oktober, in Lüneburg am 24. Oktober und in Hildesheim am 28. Oktober. Diese Veranstaltungen sind von Frau Staatssekretärin Honé geplant und durchgeführt worden und haben ein sehr großes Interesse ausgelöst. Den Einladungen sind regelmäßig mehr als 250 Vertreterinnen und Vertreter von relevanten Akteuren aus den Regionen gefolgt. Wir haben uns über dieses Echo und über die ganz überwiegend positive Resonanz, die in den Diskussionen zum Ausdruck gekommen ist, sehr gefreut.

Es ist dabei klar geworden, dass diese Akteure aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in den Regionen verstanden haben, was mit der Abschaffung der Bezirksregierungen einhergegangen ist, nämlich ein enormer Verlust an Bündelungskapazität. Das soll jetzt korrigiert werden. Der Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg hat das sehr schön beschrieben. Er hat gesagt, nach Abschaffung der Bezirksregierungen habe ein regelrechter Reisetourismus nach Hannover in die einzelnen Ministerien eingesetzt.

Das, meine Damen und Herren, wollen wir auf diejenigen Fälle begrenzen, in denen es ein eigenes Anliegen ist, nach Hannover zu kommen. Das muss aber nicht Ausdruck von normaler Arbeit sein. Wir wollen an dieser Stelle dafür sorgen, dass das Land durch autorisierte Vertreter die Haltung der Landesregierung in den einschlägigen Fragen ortsnäher darstellen kann und dass in den Regionen insbesondere den Kommunen, aber auch der Wirtschaft ein Gesprächspartner der Landesregierung zur Verfügung steht. Dieses Anliegen ist in den Zukunftskonferenzen erkennbar positiv aufgenommen worden. Darüber freuen wir uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Oesterhelweg für die Fraktion der CDU. Bitte sehr!

Frank Oesterhelweg (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie sieht denn die sozialverträgliche Lösung aus, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeboten werden soll, für die der Umzug nach Hildesheim eine besondere Härte darstellt? - Das sind beispielsweise Teilzeitbeschäftigte, Schwer-

behinderte und Auszubildende, die sich kaum etwas von der Antwort „Warten wir's ab!“ kaufen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Sie hätten gestern beim Innenminister einfach zuhören müssen!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um die Relationen klarzustellen: Von den etwa 3 000 Beschäftigten des LGLN sind ca. 60 von einem möglichen Wechsel des Dienstsitzes von Hannover nach Hildesheim betroffen. In den Fällen, in denen das mit einer persönlichen Härte verbunden ist - aus Gründen, wie Sie sie eben erwähnt haben -, haben wir seitens der Landesregierung zugesichert, in eine sehr genaue Einzelfallprüfung einzutreten, wie den Betroffenen geholfen werden kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt Kollege Grascha für die FDP-Fraktion. Bitte sehr!

Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass die frühere Landesregierung die Bezirksregierungen abgeschafft und dann Kompetenzen in die Ministerien verlagert hat

(Ulrich Watermann [SPD]: Nee, nee, nee! - Weitere Zurufe von der SPD)

bzw. Kompetenzen auf die kommunale Ebene verlagert hat - - -

Präsident Bernd Busemann:

Ruhe, bitte, Herr Watermann!

Christian Grascha (FDP):

Darf ich erst mal die Frage stellen, bevor Sie antworten? - Ich würde gerne auch die Antwort der Landesregierung hören.

(Zuruf von Ulrich Watermann [SPD])

Präsident Bernd Busemann:

Herr Watermann, Ihre Fraktion hat noch Fragen gut. Sie können sich jederzeit melden.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Er wollte antworten!)

Herr Grascha hat das Wort!

Christian Grascha (FDP):

Ich fange noch einmal an: Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die frühere Landesregierung die Bezirksregierungen abgeschafft

(Johanne Modder [SPD]: Schlimmer Fehler!)

und auf der einen Seite Kompetenzen in die Ministerien und auf der anderen Seite auf die kommunale Ebene verlagert hat

(Johanne Modder [SPD]: Welche?)

und vor dem Hintergrund der Ausführungen des Ministerpräsidenten eben gerade, dass weder Kompetenzen von den Ministerien noch von der kommunalen Ebene auf die Landesbeauftragten verlagert werden sollen, frage ich die Landesregierung: Welche konkrete Entscheidungskompetenz haben diese Landesbeauftragten eigentlich?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Jens Nacke [CDU]: Reine Befehlsempfänger! Das hat er schon beantwortet!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Zu Ihrer Vorbemerkung ist meinerseits nur hinzuzufügen, dass mir von einer nennenswerten Aufgabenverlagerung auf Kommunen im Zusammenhang mit der Abschaffung der Bezirksregierungen nun wirklich nichts bekannt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Übrigen hatte ich bereits in einer der vorangegangenen Antworten zum Ausdruck gebracht, dass die Frage der Kompetenz unberührt bleibt. Das sind nämlich nach wie vor selbstverständlich Ressortaufgaben, die allerdings im LGLN heute und in den Ämtern für regionale Entwicklung künftig unter der Fachaufsicht des jeweiligen Ressorts operativ durchgeführt werden. Auch das ist etwas,

was in Niedersachsen sehr wohl bekannt ist. Denn das war das Prinzip, anhand dessen früher die Bezirksregierungen gearbeitet haben.

Sie versuchen, hier den Eindruck zu erwecken, das seien damit alles nur Befehlsempfänger. Werfen Sie bitte einen Blick zurück! Die Regierungspräsidenten, an denen sich in dieser Hinsicht in der Tat künftige Landesbeauftragte orientieren dürfen, waren selbstständige, selbstbewusste, politisch denkende und auch innerhalb der Regierung einflussreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn ich mir den heutigen Finanzminister Peter-Jürgen Schneider betrachte, der Regierungspräsident in Braunschweig gewesen ist, dann kann sich wohl niemand von uns vorstellen, dass er zu irgendeinem Zeitpunkt seines Lebens einmal ein bloßer Befehlsempfänger gewesen sein mag. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, können Sie an dieser Stelle verallgemeinern.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion der CDU Helmut Dammann-Tamke. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Ulrich Watermann [SPD]: Der stellt auch keine Fragen! - Unruhe)

- Ruhe, bitte, Herr Watermann!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat eben bei seiner Reaktion auf den Vorwurf, hier würden Bezirksregierungen light aufgebaut, den Begriff der Startformation benutzt. Können wir dem Begriff der Startformation entnehmen, dass nicht auszuschießen ist, dass es in Zukunft zu weiteren strukturellen Veränderungen kommen wird, die zu mehr Personal in den Regierungsvertretungen führen werden?

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke. - Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich konkrete Ausführungen tatsächlich nur zu dem

machen kann, was ab dem 1. Januar vorgesehen ist. Zu beantworten, ob und in welcher Hinsicht sich Veränderungen und Umschichtungen in künftigen Jahren - das Land Niedersachsen möge noch viele, viele Jahrhunderte bestehen - ergeben werden, übersteigt meine Möglichkeiten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Ministerpräsident. - Die nächste Zusatzfrage für die Fraktion der CDU - das wäre dann die fünfte - stellt Herr Oesterhelweg. Bitte sehr!

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, ob sie definitiv und 100-prozentig die Gerüchte zurückweisen kann, dass die Katasterämter den Landkreisen zugeschlagen werden sollen.

(Johanne Modder [SPD]: Habt ihr die PM schon fertig?)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Definitiv und 100-prozentig kann ich Ihnen das zusagen, was ich jetzt gesagt habe, unter dem Vorbehalt, dass die Benehmensherstellung keine Änderung herbeiführt.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Warten wir es ab!)

Aber das ergibt ja nicht zuletzt der Respekt vor der Beschäftigtenvertretung, der Ihnen ein ganz besonderes Anliegen ist, wenn ich das recht verstanden habe.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Auf einmal?)

- Für wen es auf einmal ein besonderes Anliegen ist, verehrter Herr Kollege, da gehen die Auffassungen hier wirklich auseinander.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Frank Oesterhelweg [CDU]: Auf einmal? - Jens Nacke [CDU]: Mann, Mann, da verheddert sich aber einer!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Die nächste und damit dann auch die fünfte Zusatzfrage der Fraktion der FDP stellt der Kollege Bode. Bitte!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass - anders, als der Ministerpräsident es eben dargestellt hat - die alten Bezirksregierungen Mittelinstanzen mit eigener Entscheidungskompetenz in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen waren und wahrscheinlich der geschätzte Herr Schneider den Job sonst auch nicht gemacht hätte, wenn er da nicht hätte entscheiden dürfen, frage ich die Landesregierung, wie ich es mir künftig vorstellen soll, wenn ein Landrat aus einem Bereich des Südniedersachsenplans für ein Projekt kämpft und wirbt, ob der dann zuerst zu seinem Regionalbeauftragten nach Braunschweig fahren muss, der dann keinerlei Entscheidungskompetenzen hat, um dann gemeinsam in seinen Dienstwagen zu steigen und nach Hannover zum zuständigen Ministerium - z. B. zu Herrn Lies - wegen eines Straßenbauprojekts zu fahren, damit beide es dort dann gemeinsam vortragen. Ist das nicht mehr Reisetourismus, als es vorher war?

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident für die Landesregierung, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Bode, gehen Sie davon aus, dass in vielen Fällen - ich hoffe, in der großen Vielzahl der Fälle - die Hauptverwaltungsbeamten und die sonstigen Akteure aus den Regionen in einem sehr engen Zusammenarbeitsverhältnis mit den Landesbeauftragten stehen werden und bereits in dieser Hinsicht zu für sie befriedigenden Lösungen kommen werden, wobei ihnen selbstverständlich unbenommen ist, in den dann hoffentlich sehr wenigen anderen Fällen ihre Anliegen direkt bei den Ministerien weiter zu vertreten.

Es wäre mir neu, dass Sie die Verkehrswege und die Verkehrsbeziehungen in Niedersachsen eher reduzieren wollen. Aber gehen Sie davon aus, dass ein solcher Verkehr an dieser Stelle künftig reduziert werden kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage für die Fraktion der SPD stellt Frau Abgeordnete Petra Emmerich-Kopatsch. Bitte sehr!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Soeben wurde dargelegt, dass der Landesbeauftragte auch konkrete Förderprojekte initiieren und umsetzen soll. Das scheint ein wesentlicher Vorteil gegenüber den bisherigen Regierungsvertretungen zu sein. Daher frage ich die Landesregierung: Soll der Landesbeauftragte auch Zugriff auf eigene Fördermittel erhalten?

(Beifall bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: Gute Frage! Die stand bei mir auch auf dem Zettel!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Die regional bezogenen Fördermittel dürften sich in der nächsten EU-Förderperiode auf 600 Millionen bis 800 Millionen Euro summieren, wobei noch Änderungen insbesondere im Zusammenhang mit den nicht abgeschlossenen Verhandlungen zum ELER-Programm offen sind. Wir sehen vor, dass die Landesbeauftragten mit eigenen Vorschlägen und anschließend auch mit der persönlich verantwortlichen Umsetzung dieser Projekte ihre Aufgaben in den Regionen wahrnehmen werden. Sie haben also an dieser Stelle eine sehr starke Rolle in dem Meinungs- und Willensbildungsprozess innerhalb der Landesregierung, was übrigens auch darin zum Ausdruck kommt, dass die Gesamtkoordination dieser Projekte bekanntlich in der Staatskanzlei angesiedelt ist und dass die Landesbeauftragten ebenfalls der Staatskanzlei zugeordnet sind. Deswegen haben die Landesbeauftragten künftig eine starke und wichtige Rolle, und sie werden für die Region immens wichtige Partner für die regionale Entwicklung sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Ich darf feststellen, meine Damen und Herren, dass weitere Zusatzfragen nicht angemeldet sind. Damit darf ich die Behandlung der Dringlichen Anfragen - nicht nur diese, sondern insgesamt - für beendet und erledigt erklären.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 26:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/835

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus.

Vielleicht noch ein allgemeiner Hinweis: Auch den Fragen im Rahmen der Behandlung der Mündlichen Anfragen dürfen keine einleitenden Bemerkungen vorangestellt werden.

Grundsätzlich und um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich darum, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Ich darf feststellen, dass es jetzt 9.52 Uhr ist.

Ich wende mich der ersten Frage zu, also

Frage 1:

IPCC-Bericht ernst nehmen - Konsequenter Klimaschutz für Niedersachsen

Bitte sehr, Herr Bajus, Sie haben das Wort.

Volker Bajus (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren, guten Morgen! Ende September hat der Weltklimarat der UNO, das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), den ersten Teil des Fünften Sachstandsberichts zur Lage des Weltklimas veröffentlicht. Dieser Berichtsteil behandelt die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels.

Der Bericht zeigt verschiedene Szenarien zur zukünftigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen auf, die unterschiedliche Auswirkungen auf das Klima haben. Bei einer Fortschreibung des gegenwärtigen Umfangs der Treibhausgasemissionen ist bis zum Ende des Jahrhunderts mit einem Anstieg der Erdtemperatur von deutlich mehr als 2 °C zu rechnen. Auch die in den Weltmeeren

gebundene Wärmeenergie ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angestiegen und steigt weiter.

Deutlich erhöht haben sich auch die Prognosewerte für den Anstieg des Meeresspiegels. Bis zum Jahr 2100 sollen die Ozeane demnach - je nach Szenario - um bis zu 98 cm steigen. Der vorherige Vierte Bericht ging noch von einem Anstieg von 18 bis 59 cm aus. Weiterhin sind erhebliche regionale Veränderungen der Niederschlagsmengen und die Zunahme von Extremwetterereignissen zu befürchten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Aussagen des aktuellen IPCC-Berichts?

2. Welche Anforderungen für den Küstenschutz, den Hochwasserschutz im Binnenland und die Landwirtschaft in Niedersachsen resultieren aus den zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels wie dem Anstieg des Meeresspiegels und der Veränderung der Niederschlagssituation?

3. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung infolge des IPCC-Berichts für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel?

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bajus. - Für die Landesregierung antwortet der Umweltminister. Herr Wenzel, bitte sehr!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Fünfte Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) gliedert sich in drei Teilberichte, wobei der erste Teilbericht die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels behandelt. Der zweite Teilbericht beschäftigt sich mit der Verwundbarkeit sozioökonomischer und natürlicher Systeme durch den Klimawandel und dessen Auswirkungen. Zudem werden Wege für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels beschrieben. Der dritte Teilbericht schließlich zeigt politische und technologische Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels auf.

Der erste Teilbericht des Fünften Sachstandsberichts wurde Ende September dieses Jahres, also vor wenigen Wochen, in Stockholm veröffentlicht. Allem voran sagt dieser Teilbericht aus, dass der menschliche Einfluss auf das Klimasystem klar und offensichtlich und der damit verbundene Klimawandel eindeutig zu beobachten ist. Jedes der letzten drei Jahrzehnte war an der Erdoberfläche wärmer als alle vorangegangenen Jahrzehnte seit dem Jahr 1850.

Während der letzten beiden Jahrzehnte haben die Eisschilde in Grönland und der Antarktis an Masse verloren, die Gletscher sind fast überall in der Welt weiter abgeschmolzen und die Ausdehnung des arktischen Meereises sowie der Schneebedeckung in der nördlichen Hemisphäre im Frühjahr haben weiter abgenommen.

Die Konzentration von Kohlendioxid, Methan und Lachgas haben Werte erreicht, die seit mindestens den letzten 800 000 Jahren nicht vorgekommen sind. Die CO₂-Konzentrationen sind seit der vorindustriellen Zeit um 40 % angestiegen, primär durch die Emissionen aus fossilen Brennstoffen sowie durch Emissionszunahmen aufgrund von Landnutzungsänderungen. Der Ozean hat ungefähr 30 % des emittierten anthropogenen Kohlendioxids aufgenommen und dadurch eine Versauerung erfahren.

Auf Basis dieser und einer Vielzahl weiterer festzustellender Veränderungen des Klimasystems zeigt der erste Teilbericht mit Hilfe von insgesamt vier Szenarien mögliche zukünftige Entwicklungen auf. Diese Szenarien gehen von sogenannten repräsentativen Konzentrationspfaden aus und berücksichtigen neben einer Reihe von anderen Faktoren erstmals auch die Effekte etwaiger Klimaschutzmaßnahmen. Dabei zeigt das günstigste sogenannte RCP-2.6-Szenario, dass der mittlere Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts unter 2 °C bleiben kann, wenn eine sehr ambitionierte Klimapolitik umgesetzt wird.

Bei dem ungünstigsten, unter der Annahme fast ungebremster Emissionen ermittelten sogenannten RCP-8.5-Szenario hingegen ist ein Temperaturanstieg von 5,4 °C gegen Ende dieses Jahrhunderts möglich.

Die Gletscher könnten je nach Szenario bis zum Ende des 21. Jahrhunderts bis zu 55 % oder sogar bis zu 85 % ihres derzeitigen Volumens verlieren. Zudem ist davon auszugehen, dass in jedem Fall das arktische Meereis weiter zurückgeht, wobei nach dem Hochemissionsszenario die Arktis schon

vor Mitte dieses Jahrhunderts im Sommer eisfrei sein könnte.

Beim Meeresspiegel ist selbst im günstigsten Szenario ein Anstieg bis zu 54 cm möglich. Ohne nennenswerte Emissionsvermeidungen hingegen wird der Meeresspiegel bis 2100 um bis zu 98 cm ansteigen können. Für den Meeresspiegelanstieg liegen die Projektionen deshalb insgesamt höher als noch im Vierten Sachstandsbericht, weil der Beitrag der polaren Eisschilde besser einbezogen werden konnte.

Die im ersten Teilbericht eingeführten Szenarien werden aus Gründen der Methodenkonsistenz jeweils auch im zweiten und dritten Teilbericht verwendet. Der die Aspekte Folgen des Klimawandels, Verwundbarkeit und Anpassung behandelnde zweite Teilbericht wird im März 2014 in Yokohama, der den Klimaschutz bearbeitende Teilbericht im April 2014 in Berlin vorgelegt. Im Oktober 2014 schließlich wird mit einem sogenannten Synthesebereich der Fünfte Sachstandsbericht des IPCC komplettiert.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Aus Sicht der Landesregierung sind für die Bewertung des ersten Teilberichts des Fünften Sachstandsberichtes des Intergovernmental Panel on Climate Change drei Punkte von zentraler Bedeutung:

Zum Ersten bestätigt und erweitert der Teilbericht nachdrücklich die bisherigen Erkenntnisse über die Wirkung der Treibhausgase in der Atmosphäre aus früheren Berichten. Er zeigt erneut eindringlich, wie sehr unsere industrielle Lebensweise das Klima verändert. Der zivilisationsbedingte Klimawandel ist eine Tatsache, für die der IPCC-Bericht eindeutige Belege liefert.

Zum Zweiten zeigt der Bericht, dass trotz der bereits zu beobachtenden Veränderungen im Klimasystem sogar das 2-Grad-Ziel noch zu erreichen ist. Gelingen kann das allerdings nur, wenn die vorhandenen Lösungen für Klimaschutz und nachhaltige Transformation global zügig umgesetzt werden.

Und zum Dritten macht der Bericht deutlich, dass der Klimawandel tatsächlich noch drastischer ausfallen kann, als bisher angenommen wurde. Das wird der Fall sein, wenn sich an den derzeitigen weltweiten Emissionsverläufen nichts Entscheidendes ändern sollte.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Zu Frage 2: Meine Damen und Herren, die vom IPCC vorgelegten Szenarien sind Beschreibungen möglicher Zukunftszustände. Welches Szenario eintritt, hängt daher von unserem eigenen Handeln ab. Dagegen liegen die Ursachen der bereits heute festzustellenden Klimaänderungen in der Vergangenheit. Und aufgrund der Komplexität und der Trägheit des Klimasystems ist damit zu rechnen, dass sich der Klimawandel infolge der schon freigesetzten Treibhausgase auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter verstärkt. Das bedeutet: Wir müssen uns in jedem Fall auf die Auswirkungen des Klimawandels auch hier in Niedersachsen einstellen.

Nach gegenwärtigem Stand werden dabei für Norddeutschland in den kommenden Jahrzehnten feuchtere Winter, heißere und trockenere Sommer sowie häufigere Extremwetterereignisse infolge des Klimawandels erwartet. Mit dem nun vorliegenden ersten Teil des fünften Berichts des Weltklimarates stellen sich auch neue Fragen nach den Auswirkungen für unsere Küste und die Maßnahmen zum Küstenschutz. Im Bericht ist nachzulesen, dass die Experten in ihren Emissionsszenarien von einem Anstieg des Meeresspiegels zwischen 26 und 98 cm bis zum Ende dieses Jahrhunderts ausgehen; ich hatte es in der Vorbemerkung erwähnt.

Damit bewegt sich die Anstiegsrate in einem Korridor, den das Land Niedersachsen grundsätzlich bereits antizipiert hat. Bereits nach Vorlage des vierten Weltklimaberichts im Jahre 2007 hat die Landesregierung auf Grundlage eines Expertenworkshops entschieden, die Deiche vorsorglich 50 cm höher zu verstärken als heute eigentlich notwendig.

(Christian Dürr [FDP]: Wie hieß der damalige Minister?)

Massivbauwerke wie Sperrwerke, Siele und Schutzmauern werden heute schon so gegründet, dass sie nachträglich kostengünstig nachgerüstet werden können.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir müssen uns aber klarmachen, dass wir es mit potenziellen Meeresspiegelanstiegen zu tun haben, die sehr lange anhalten können. Nach Vorlage des gesamten Berichtes werden wir prüfen, ob die Vorgaben des Generalplans Küstenschutz angepasst werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Marcus Bosse [SPD])

Noch kann ein beschleunigter Anstieg des Meeresspiegels zumindest an unserer Nordseeküste mit den verfügbaren Daten nicht nachgewiesen werden. Bekanntlich sind gegen Ende des 18. Jahrhunderts im deutschen Küstengebiet erste Pegel errichtet und betrieben worden, um die Wasserstandsentwicklung zu dokumentieren. Dazu gehört auch der Pegel Norderney. Die Auswertung langer Pegelaufzeichnungen ergibt einen säkularen Anstieg des mittleren Tidehochwassers von bislang ca. 25 cm in 100 Jahren.

Neben dem Küstenschutz haben auch andere Bereiche der Wasserwirtschaft den Klimawandel zu berücksichtigen. Noch vor der Veröffentlichung des ersten Teils des fünften Berichts hat eine Sonder-Umweltministerkonferenz, die am 2. September 2013 vor dem Hintergrund der jüngeren Hochwasserereignisse einberufen wurde, beginnende Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft gesehen. Anpassungsstrategien im Bereich der Wasserwirtschaft gewinnen damit an volkswirtschaftlicher Bedeutung. Zukünftige Hochwasserschutzkonzepte sollen die prognostizierten klimatischen Veränderungen berücksichtigen.

Wie viele andere Umwelt-, Wirtschafts-, und Gesellschaftssektoren wird auch die Wasserwirtschaft auf die Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit den Auswirkungen und Anpassungen an den Klimawandel ergeben, entsprechende Antworten geben müssen. Dies betrifft - neben dem bereits erwähnten Küstenschutz - Aspekte des Hochwasserschutzes, des Niedrigwassermanagements, des Grundwasserschutzes und auch der Siedlungswasserwirtschaft. Um hierbei zu effizienten und nachhaltigen Lösungen zu gelangen, ist es erforderlich, über belastbare Forschungsergebnisse als Grundlage für Entscheidungen zu verfügen.

Die bisherigen Projektionen zu möglichen Klimaänderungen mit Hilfe von Klimamodellen reichen jedoch für die Berücksichtigung in konkreten Planungen in der Regel noch nicht aus. Belastbarere Datengrundlagen sind durch die Untersuchung der regionalen und lokalen Folgen erst noch zu schaffen.

Allerdings liefern erste Untersuchungen schon wertvolle Hinweise. Bisherige Ergebnisse im Rahmen des Projekts Klimafolgenforschung in Niedersachsen KLIFF der Universität Hannover und des KLIWA-Projektes der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern zeigen, dass signifi-

kante Trends in den Niederschlagsindizes der vergangenen Jahre eine Entwicklung zu feuchten Wintern und trockeneren Sommern erwarten lassen.

Im Rahmen eines weiteren von der Landesregierung initiierten Projektes zu Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft - speziell auf die Hochwasser- und Niedrigwasserverhältnisse - wird derzeit das Aller-Leine-Oker-Gebiet betrachtet. Dabei sind folgende Ergebnisse zu verzeichnen: Nach Auswertungen von Trenduntersuchungen in Niedersachsen ist die Abnahme der Sommerabflüsse wesentlich deutlicher als die Zunahme von Hochwasserabflüssen im Winter. Signifikante Trends müssen sich zwar nicht notwendigerweise in der Zukunft fortsetzen, sind aber ein deutlicher Indikator von Veränderungen.

Auch hier sind somit weitere Untersuchungen erforderlich. Insbesondere müssen auch die Erkenntnisse des aktuellen IPCC-Berichtes regionalisiert werden. Eine allgemeine Anpassung von Hochwasserbemessungswerten ist auf Basis der vorliegenden Untersuchungen für das niedersächsische Binnenland derzeit allerdings nicht begründet. Um zu noch verlässlicheren landesweiten Aussagen zu kommen, soll das Projekt ab 2015 auch auf andere Regionen Niedersachsens ausgedehnt werden.

Bei der Landwirtschaft schließlich ist der Handlungsbedarf der öffentlichen Hand zumindest in den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten vergleichsweise gering; denn die Landwirtschaft ist grundsätzlich sehr anpassungsfähig. Die landwirtschaftlichen Betriebe können relativ schnell und aus eigener Kraft auf Klimaänderungen reagieren. In vielen Bereichen können sie es sogar von einem Jahr zum anderen; in anderen Bereichen benötigen sie deutlich mehr Zeit. Das gilt aber nicht für andere Regionen der Welt, in denen Veränderungen teilweise deutlicher spürbar sind, die die Landwirtschaft dort vor enorme Herausforderungen und Probleme stellen.

Zwei Ausnahmen für Niedersachsen möchte ich hervorheben:

Der Rückgang an Niederschlägen während der Vegetationszeit und die erhöhte Wahrscheinlichkeit von Dürre insbesondere in solchen Regionen Niedersachsens, in denen die Landwirtschaft heute schon auf die Feldberegnung angewiesen ist, stellen eine größere Herausforderung für die Landwirtschaft dar, die sie nicht ohne Unterstützung der öffentlichen Hand meistern kann. Der

Nordosten Niedersachsens ist hier besonders betroffen. Den Anforderungen kann auf verschiedene Weise begegnet werden. Die Datenlage zur Grundwassernutzung ist flächendeckend zu verbessern. Die Landesregierung unterstützt daher Forschungsaktivitäten zur Verbesserung der Datenlage zur Grundwasserneubildung und zum Beregnungsbedarf. Seitens der Landwirtschaft kann z. B. durch Optimierung der Beregnungssteuerung, Fruchtartenwahl oder Maßnahmen wie der Zwischenspeicherung von Hochwässern oder der Nutzung von gereinigten Abwässern auf den Klimawandel reagiert werden.

Ein zweiter besonderer Handlungsbedarf für die Landesregierung entsteht im Bereich der Landwirtschaft durch die Zunahme der Wahrscheinlichkeit von Starkregenereignissen. Auf landwirtschaftlichen Ackerflächen sind deshalb höhere Anforderungen hinsichtlich des Erosionsschutzes zu stellen. In Zukunft kommt deshalb den entsprechenden Qualifikations-, Beratungs- oder Fördermaßnahmen eine größere Bedeutung zu. Auch ordnungsrechtliche Regelungen zur Eindämmung der Wind- und Wassererosion sind vor diesem Hintergrund zu prüfen.

Zu Frage 3, der Frage von Herrn Bajus: Die aktuellen und im nächsten Jahr vorliegenden Erkenntnisse des IPCC-Berichts werden bei den Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Weltklimavertrages im Jahr 2015 in Paris von essenzieller Bedeutung sein. In wenigen Wochen beginnt die 19. Vertragsstaatenkonferenz in Warschau, die auf diesem Weg ein entscheidender Zwischenschritt ist.

Die Landesregierung hält es für unerlässlich, dass sich die Bundesrepublik Deutschland in diesem Prozess verstärkt für einen wirkungsvollen Klimaschutz auf internationaler Ebene einsetzt und gemeinsam mit der EU als gutes Beispiel vorangeht.

Die zwingend notwendige Unterstützung der Industrienationen, aber auch der Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Ausarbeitung des Weltklimavertrages kann nur eingeworben werden, wenn die EU und Deutschland beim Klimaschutz auch weiterhin eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die Landesregierung sieht sich aufgrund der Erkenntnisse des IPCC-Berichts insofern in ihrer Haltung bestätigt, zielstrebig und wirksam Klimaschutz zu betreiben. Mit den Niedersachsen auszeichnenden Innovationspotenzialen und Transformationskräften können Technologien und Verfahren vorgezeichnet werden, die dann weltweit als

Klimaschutzlösungen zum Einsatz kommen. Diese Stärken unseres Landes für den globalen Klimaschutz noch besser zu stimulieren und zu mobilisieren, ist der Leitgedanke unserer Klimaschutzpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Im Einzelnen beruht die Klimaschutzpolitik der Niedersächsischen Landesregierung dabei auf den folgenden fünf Punkten: Neuausrichtung der Energiepolitik, Umsetzung der wesentlichen Maßnahmen der Regierungskommission Klimaschutz, Aufbau einer Klimaschutz- und Energieagentur, Klimaschutz durch Moorentwicklung sowie die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes.

Die Regierungskommission Klimaschutz bestand aus 42 Vertreterinnen und Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen und hat im Februar 2012 einvernehmlich eine Empfehlung für eine niedersächsische Klimaschutzstrategie beschlossen und dem Land zur Verfügung gestellt. Insgesamt enthält die Strategie 74 konkrete Landesklimatechutzmaßnahmen für die sechs wichtigsten Emissionssektoren in Niedersachsen. Die neue Landesregierung hat entschieden, dass diese Maßnahmenvorschläge grundsätzlich umgesetzt werden sollen, und hierfür einen interministeriellen Arbeitskreis eingerichtet, der das weitere Vorgehen koordiniert und steuert.

Die Regierungskommission hat u. a. die Einrichtung einer Klimaschutzinstitution in Niedersachsen empfohlen. Die Intention dabei war, die Arbeit und Kooperation der bereits bestehenden regionalen Klimaschutz- und Energieagenturen, -initiativen und -institutionen zu unterstützen.

Anders als die Mehrzahl der anderen Bundesländer verfügt das Land Niedersachsen über keine Institution, die bereits existierende Netzwerke koordiniert, deren Erkenntnisse und Anregungen aufgreift und an die verantwortlichen Gremien weiterreicht. Bisher fehlt dieser Transmissionsriemen auf Landesebene.

Die Landesregierung hat daher diesen Vorschlag der Regierungskommission Klimaschutz aufgegriffen und wird im kommenden Jahr eine Klimaschutz- und Energieagentur einrichten.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

Diese soll als unabhängiges Kompetenzzentrum des Landes zu praktischen Fragestellungen bei

der Umsetzung der Klimaschutz- und Energieeffizienzziele zur Verfügung stehen. Darüber hinaus soll sie Kompetenzen bündeln sowie strategische und innovative Programme entwickeln. Sie soll unabhängige Beratung auf den für den Klimaschutz und die Energiewende wichtigen Aufgabefeldern leisten. Sie wird Kommunen und die in diesen Bereichen bereits tätigen Einrichtungen, die Wirtschafts- und Sozialpartner sowie gemeinnützige Organisationen vernetzen. Die Agentur soll damit einen wesentlichen Beitrag leisten, um die Energie- und Ressourceneffizienz, die erneuerbaren Energien, den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassungsstrategie voranzutreiben.

Die Regierungskommission hat außerdem die besondere Bedeutung der Landnutzung für den Klimaschutz hervorgehoben. Im Zusammenhang mit einem wirksamen Klimaschutz in Niedersachsen werden daher künftig Fragen des Moorschutzes und der Moorentwicklung eine sehr viel größere Rolle spielen als bisher.

Hoch- und Niedermoore sind deutschlandweit die größten Quellen von Treibhausgasen außerhalb des Energiesektors. Die Klimawirkung liegt hier in der Bindung von CO₂-Emissionen aus Böden mit hohen Kohlenstoffgehalten.

Eine von Niedersachsen und dem Bund in Auftrag gegebene Studie des Von-Thünen-Instituts hat gezeigt, dass die Nutzung von Hoch- und Niedermooren den größten Anteil der Treibhausgasemissionen der niedersächsischen Landwirtschaft einnimmt.

Niedersachsen hat hier durch spezifische regionale Begebenheiten eine besondere Verantwortung; denn rund 38 % der gesamtdeutschen Moorfläche liegen in unserer Region. Bei den Hochmooren sind es sogar 70 %.

Dabei sind die Emissionsminderungskosten vergleichsweise gering, aber bisher nie ausgeschöpft worden. Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen aus Moorböden lässt sich schon durch eine Anhebung des Wasserstandes erreichen. Das heißt, dass wir mit technisch einfachen und zugleich kostengünstigen Lösungen bedeutende Effekte erzielen können. Nach aktuellen Berechnungen können in Niedersachsen durch Wiedervernässung in Mooren Einsparungen in Höhe von 30 t CO₂-Äquivalenten pro Hektar und Jahr erreicht werden.

Klimaschutz durch Moorentwicklung hat für die Landesregierung daher eine besondere Priorität.

Der Erhalt naturnaher Moore und die klimaverträgliche Bewirtschaftung kultivierter Moorböden gehören zu den großen klimapolitischen Herausforderungen unseres Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Kern der niedersächsischen Klimaschutzpolitik ist die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Klimaschutzstrategie ist daher auch eine nachhaltige Energiepolitik des Landes.

Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien möchten wir ein neues, nachhaltiges System erreichen, das völlig auf Atomkraft und schrittweise auch auf fossile Energieträger verzichtet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir streben dabei eine Energieversorgung aus 100 % erneuerbaren Quellen an.

Niedersachsen als Energieland kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Die Niedersächsische Landesregierung ist sich dieser Herausforderung bewusst.

Auch die Teilnehmer der auf Einladung von Ministerpräsident Stephan Weil und mir zusammengekommenen „Kleinen Energierunde“ halten eine zeitnahe Korrektur der energiepolitischen Rahmenbedingungen für erforderlich. Das am 16. Oktober vorgestellte Positionspapier „Energiewende 2.0“ enthält zahlreiche Empfehlungen für eine erfolgreiche Gestaltung der Energiewende. Dabei haben sich die Teilnehmer der Runde auf folgende Grundlagen für die Erarbeitung von Umsetzungsoptionen verständigt:

Das heutige Produktivitätsniveau von Industrie und Wirtschaft soll auch künftig beibehalten werden. Die Versorgungssicherheit soll weiterhin auf dem bestehenden hohen Niveau sichergestellt werden. Die Wege der Energiewende zur Erreichung der gesetzten Ziele sollen volkswirtschaftlich optimal ausgestaltet werden.

Die Runde gibt darauf aufbauend konkrete Empfehlungen für die Eckpfeiler der Energiewende, u. a. zur zukünftigen Förderung erneuerbarer Energien, zum Emissionshandel und zum Strommarktdesign.

Die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes des Landes schließlich ist ein zentrales Vorhaben, das die bisher genannten Punkte einbettet und ergänzt. Es soll im Rahmen eines gesellschaftli-

chen Dialogs entwickelt werden und konkrete energie- und Klimaschutzpolitische Ziele sowie Verfahrensvorschläge zur Durchführung von Maßnahmen des Klimaschutzes enthalten. Diese Maßnahmen sollen mit den Handlungsempfehlungen der Regierungskommission in einem verbindlichen Integrierten Klimaschutz- und Energieprogramm des Landes Niedersachsen zusammengeführt werden, das alle fünf Jahre evaluiert und fortgeschrieben werden soll.

Um die Handlungserfordernisse und Umsetzungsoptionen konkret und pragmatisch zu beschreiben, sollen Ziele und Maßnahmen zeitlich differenziert bewertet werden mit einer Fokussierung auf die nächsten ca. zehn Jahre und unter gleichzeitiger Beachtung der langfristigen Zielperspektive bis 2050. Damit der Klimawandel auf eine Erwärmung von weniger als 2 °C beschränkt bleibt, hat der Europäische Rat 2011 das Ziel bestätigt, die Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 % gegenüber 1990 zu verringern.

Der Schutz des Klimas und seine Auswirkungen auf künftige Generationen sind von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Für die Landesregierung ergibt sich daraus, dass Energiewende, Klimaschutz und Klimawandel als gesellschaftliche Aufgabe wahrzunehmen sind. Dies ist eine Herausforderung, die Staat und Gesellschaft, Land und Kommunen nur gemeinsam bewältigen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin davon überzeugt, dass wir technisch in der Lage wären, diese Transformation in 20 Jahren zu vollziehen. Ob dies gelingt, ob es tatsächlich in diesem Tempo geht, hängt von der gesellschaftspolitischen Akzeptanz ab. Von daher ist dies im Kern eine gesellschaftspolitische Herausforderung, die nur gelingt, wenn es parteiübergreifend und auch legislaturperiodenübergreifend zu Lösungen kommt.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister Wenzel, für die Beantwortung der Anfrage. - Es liegt eine ganze Reihe von Zusatzfragen vor. Die erste Zusatzfrage stellt der Herr Kollege Marcus Bosse von der SPD-Fraktion.

Marcus Bosse (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Minister Wenzel, können Sie Extremwetterereignisse der letzten Zeit benennen?

(Jörg Hillmer [CDU]: Verliest er jetzt den Wetterbericht?)

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die ersten Anzeichen für eine Steigerung von Extremwetterereignissen sind in den letzten Jahren von den großen Rückversicherungen, vor allem von der Münchener Rück, präsentiert worden. Bereits vor zehn Jahren wurden erste Daten vorgelegt, für die eine große Zahl von Versicherungspolice und die Schadensereignisse aggregiert worden sind. Dabei hat die Münchener Rück schon vor zehn Jahren deutlich gemacht, dass es offensichtlich einen Anstieg der Extremwetterereignisse gibt.

Wir haben an der Elbe in den letzten elf Jahren fünf sogenannte Jahrhunderthochwasserereignisse gehabt, in den 100 Jahren davor, soweit die Aufzeichnungen stimmen, nur zwei.

Wir hatten kürzlich einen Orkan, der in Niedersachsen u. a. eine der wunderschönen historischen Mühlen in Greetsiel stark beschädigt und umgekippt hat. Wir haben dies zum Anlass genommen, um einmal nachzufragen, wie die Windgeschwindigkeiten bei dem Orkan waren. Wir haben beispielsweise in Spiekeroog historisch 148,3 km/h gemessen, in Cuxhaven 160,9 km/h und in Hannover 122 km/h. Bei dem Orkan vor wenigen Tagen haben wir in Sankt Peter-Ording 172 km/h gemessen. Das war in den letzten 25 Jahren unter den Top fünf. In Dänemark wurden sogar Böen mit Geschwindigkeiten von 193 km/h gemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Marcus Bosse [SPD])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen von der FDP-Fraktion. Bitte schön!

(Axel Brammer [SPD]: Das ist schön, dass ihr neugierig seid!)

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte gern gewusst, warum die Landesre-

gierung vor dem Hintergrund der Hochwasserereignisse, die wir in diesem Jahr gehabt haben, und des IPCC-Berichts nicht die Landesmittel für den Hochwasserschutz erhöht, um ihn auf einem gleich hohen Niveau zu halten wie in der Vergangenheit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Minister Wenzel, bitte schön!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Oetjen, wir halten die Landesmittel auf dem Niveau. Wir sind bemüht, diese Mittel noch zu erhöhen, indem wir die GAK-Mittel des Bundes künftig möglicherweise in einem Sonderrahmenplan in Anspruch nehmen können. Dazu haben wir einen Vorschlag unterbreitet, der die Zustimmung aller Länder in der Umweltministerkonferenz gefunden hat. Dieser Vorschlag wurde wiederum auf der Ministerpräsidentenkonferenz verhandelt. Ich freue mich, dass der Ministerpräsident dort erreichen konnte, dass sich alle Länder diese Forderung zu eigen gemacht haben. Der Bund hat die GAK-Mittel gekürzt. Wir hoffen, dass wir wieder zu Erhöhungen kommen.

Zusätzlich sind wir im Gespräch über eine Förderung aus dem ELER. Auch das ist möglich, hängt aber z. B. auch davon ab, ob es gelingt, mehr Mittel von der ersten Säule in die zweite Säule zu übertragen. Da wäre ich Ihrer Fraktion und auch der CDU-Fraktion sehr dankbar, wenn Sie hier im Land, aber auch mit Blick auf die anderen Bundesländer mit dafür Sorge tragen würden, dass tatsächlich ein substanzieller Teil der Mittel aus der ersten Säule in die zweite Säule übertragen werden kann. Dies käme dann direkt auch dem Hochwasserschutz im Binnenland zugute, weil wir dann den ELER in diesem Bereich besser ausstatten können.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Marcus Bosse [SPD] und Grant Hendrik Tonne [SPD])

Das sind Sachen, die eng miteinander zusammenhängen, Herr Oetjen. Ich glaube, es wäre wichtig, sich die finanziellen Zusammenhänge einmal anzugucken.

Ich bin guter Hoffnung, dass es gelingt, am Ende auch den Bund zu überzeugen, dass wir ein nationales Hochwasserschutzprogramm brauchen. Die

jetzt bereitgestellten Mittel in Milliardenhöhe sind insbesondere zur Schadensbeseitigung vorgesehen. Mir liegt daran, dass wir insbesondere auch in die Vorsorge investieren und dass wir langfristig nicht immer wieder in die Situation kommen, Reparatur finanzieren zu müssen. Das ist das Ziel unserer Landesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Marcus Bosse [SPD])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Thomas Schremmer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Thomas Schremmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass der IPCC in der Öffentlichkeit gelegentlich als kleine Gruppe von Wissenschaftlern im Elfenbeinturm wahrgenommen wird, z. B. von Alec Rawls, quasi dem internationalen Dr. Hocker der Klimaskeptiker,

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

frage ich die Landesregierung: Wie groß ist denn die Beteiligung von Politik und Wissenschaft an der Erstellung des Fünften Sachstandsberichtes?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Dr. Hocker, war das sachgerecht?

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Absolut!)

Herr Minister Wenzel!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schremmer, insgesamt haben 3 000 Wissenschaftler Vorschläge gemacht. Daraufhin wurden 830 international renommierte Wissenschaftler berufen, 40 davon aus Deutschland.

Grundsätzlich sind die Anforderungen so, dass man in der Regel nur Studien, Forschungsergebnisse verwenden kann, die in renommierten wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht wurden. Von daher sind die Anforderungen sehr hoch. Zusätzlich hat der IPCC nach den Kritiken, die nach der Konferenz in Kopenhagen aufkamen,

seine gesamte Verfahrensweise noch einmal überprüft, hat die Anforderungen erhöht, hat ein zusätzliches Exekutivkomitee geschaffen, das diese Anforderungen kontrolliert, und hat z. B. von jedem Wissenschaftler, der dort beteiligt ist, verlangt, dass mögliche Interessenkonflikte offengelegt werden.

Man hat sich also noch einmal ganz bewusst dieser Kritik gestellt und hat eine Reihe von Sicherheitskriterien eingezogen, um am Ende wissenschaftliche Nachweise möglichst überzeugend führen zu können. Insofern kann man sagen: Was der IPCC vorstellt, ist im Moment der Stand von Wissenschaft und Technik weltweit - natürlich mit den Unsicherheiten, die im wissenschaftlichen Bereich auch auf ganz anderen Feldern bestehen, was dazu führt, dass an dieser Stelle weiter geforscht werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt Herr Kollege Martin Bäumer, Fraktion der CDU.

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ein bisschen Skepsis, was den Klimawandel angeht. Alle reden von Erwärmung, aber ich habe mich verkühlt.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Gute Besserung, Herr Kollege!)

Aber Spaß beiseite.

Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass Herr Minister Wenzel nächste Woche, am 6. November, bei der Einweihung des Gaskraftwerks in Stade dabei sein wird: Unterstützt diese Landesregierung den Bau des Kohlekraftwerks in Stade, so wie es Minister Lies am 31. Juli 2013 gesagt hat?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Wenzel, bitte sehr!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Bäumer, im Moment besteht am Markt für Kraft-

werke leider eine sehr schwierige wirtschaftliche Situation. Durch den Verfall der Emissionsrechtshandelszertifikate gibt es viele Gaskraftwerke, die nicht mehr im Geld stehen, die daher wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Angesichts der jetzigen Rahmenbedingungen wird sich jedes Unternehmen eine Investition sehr genau überlegen und wahrscheinlich zurückstellen.

Ich bin im Gespräch mit Anlagen- und Kraftwerksbetreibern, die sagen: Leider können wir unsere modernen Kohlekraftwerke im Moment nicht wirtschaftlich betreiben.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das war doch gar nicht die Frage!)

Denn durch den Verfall der Emissionsrechtshandelszertifikate stehen nur die alten, schmutzigen Braunkohlekraftwerke so richtig im Geld. Weder die modernen Gaskraftwerke noch die modernen Kohlekraftwerke verdienen im Moment Geld.

Insofern werden die künftigen Entscheidungen auch in Stade davon abhängen,

(Jörg Hillmer [CDU]: Ihre Entscheidungen!)

wie sich die Rahmenbedingungen verändern. Dazu haben wir mit dem Konzept „Energiewende 2.0“ einen Vorschlag gemacht. Wir haben darüber hinaus im Entwurf des Raumordnungsprogramms festgehalten, dass wir künftig nur noch Kraftwerke genehmigen wollen, die einen Wirkungsgrad von mindestens 55 % erreichen. Wenn ein Vorschlag vorliegt, werden wir diesen sehr genau prüfen, und dann werden wir gucken, ob die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllt sind, und werden entsprechend handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Axel Miesner, CDU-Fraktion.

Axel Miesner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Berichterstattung in den Medien: Vor allem in der gestern bereits zitierten *Wirtschaftswoche* vom 21. Oktober dieses Jahres hat Herr Minister Gerald Duin, Minister in Nordrhein-Westfalen - - -

(Axel Brammer [SPD]: Garrelt Duin heißt er!)

- Garrelt Duin. Vielen Dank, Herr Brammer. Gut, dass Sie ihn heute wieder kennen. Gestern hatte ich den Eindruck, dass Sie ihn nicht kannten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Garrelt Duin wird also in der *Wirtschaftswoche* mit den Worten zitiert - so hat er es auch in dem Interview gesagt -: Wir dürfen nicht alles dem Klimaschutz unterordnen. - Genau eine Woche später, am 28. Oktober, lesen wir in der gleichen Zeitschrift - ich zitiere -: Sein Kontrahent im Kabinett, Umweltminister Johannes Remmel (GRÜNE), holt zum umfassenden Gegenschlag aus.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Mein lieber Mann, was für ein Klima herrscht in dem dortigen Kabinett! - Johannes Remmel bezeichnet die Aussage seines Kollegen als den falschen Weg. - Das Ganze wird durch die Berichterstattung der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 28. Oktober dieses Jahres unterstützt.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Wo ist denn die Frage? Das ist eine Vorlesung!)

- Ich hatte eingeleitet - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Sie müssen zur Frage kommen, Herr Kollege. Ich glaube, es wird deutlich, wohin Sie gehen.

Axel Miesner (CDU):

Vor dem Hintergrund, dass es in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 28. Oktober dieses Jahres heißt, Kraft werbe für Kohle, wobei damit Hannelore Kraft gemeint ist - das geht so weiter in der Ausgabe am 29. Oktober - - -

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Frage!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, stellen Sie jetzt bitte die Frage! Die Tendenz ist, so denke ich, klar, und der Widerspruch wird - - -

Axel Miesner (CDU):

Dies löste den Widerspruch der Grünen-Politikerin Karin Göring-Eckardt aus. Sie kritisiert, was Frau Kraft sagt.

(Anja Piel [GRÜNE]: Katrin heißt sie! - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Frage!)

Welche Meinung hat die Landesregierung? Hat sie die Meinung von Frau Kraft oder von Frau Göring-Eckardt?

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Gabriela König [FDP])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, ich glaube, die Frage ist bei Ihnen angekommen.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Miesner, die Landesregierung hat in den letzten vier Monaten die Fragen intensiv diskutiert, die für eine Ausrichtung der Energiepolitik notwendig sind, um verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für den Kraftwerksbereich zu schaffen, und dies sowohl für Bestandsanlagen als auch beispielsweise für den sich entwickelnden Offshorebereich an der Küste und die Onshorewindkraft.

Wir sind sehr daran interessiert, dass es hier endlich zu stabilen Rahmenbedingungen kommt, und ich bin guten Mutes, dass sich das, was wir in unserem Papier hierzu aufgeschrieben haben, am Ende in den weiteren Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern, die in Berlin gerade prüfen, ob sie zu einer neuen Bundesregierung kommen, und auch zwischen den Beteiligten im Bundesrat erfolgreich durchsetzen kann.

Insofern kann ich Ihnen sagen: Das, was die Landesregierung dazu denkt, steht in dem Papier „Energiewende 2.0“.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt hat sich zu einer Zusatzfrage der Herr Abgeordnete Karsten Becker, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Karsten Becker (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der fünfte IPCC-Bericht beschreibt neue Szenarien: die repräsentativen Konzentrationspfade. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung, inwieweit sich diese neu formulierten Szenarien von den bisherigen SRES-Szenarien, die in den vier vorangegangenen Sachstandsberichten dargestellt worden sind, unterscheiden.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die neue Systematik des IPCC definiert repräsentative Konzentrationspfade und prüft dabei insbesondere auch den Strahlungsantrieb der Treibhausgase. - So heißt das im technischen Jargon. - Einbezogen werden weitere Studien. Das Szenario ist also breiter angelegt. Es ist in den Belastungswirkungen repräsentativer. Außerdem werden in der neuen Systematik mögliche Klimaanpassungsmaßnahmen mit berücksichtigt.

Von daher liegen drei dieser Szenarien von ihrer Wirkung her etwas unterhalb dessen, was bisher diskutiert wurde, und ein Szenario liegt darüber, nämlich das Szenario, das darstellt, dass es bis zum Ende des Jahrhunderts zu einer Temperaturerhöhung von sogar 5,4 °C kommen könnte. Damit können wir jetzt viel genauer abschätzen, wie sich eine Klimaschutzpolitik des Landes, der Bundesrepublik, der Europäischen Union oder auch global tatsächlich auswirken würde.

Wir können anhand dessen, was von den Wissenschaftlern abgeschätzt wurde, Prognosen für die Zukunft besser einschätzen. Insofern erreichen wir in der Vorhersage mehr Sicherheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Uwe Santjer, SPD-Fraktion.

Uwe Santjer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung, ob sie sagen kann, welche Maßnahmen zum Klimaschutz von der alten Landesregierung umgesetzt wurden.

(Zuruf von der CDU: Viele!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, bitte!

(Ulf Thiele [CDU]: Jetzt sind wir einmal gespannt, ob das vollständig ist!)

Sie haben keine Redezeitbegrenzung, Herr Minister.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe in meinem Beitrag z. B. die

Ergebnisse der Regierungskommission Klimaschutz zitiert. Das ist etwas, was die alte Landesregierung in Fortsetzung der bewährten Politik der niedersächsischen Regierungskommission, die seit etwa 20 Jahren besteht, zusammen mit einer Vielzahl von Experten miterarbeitet hat. Darin ist etwa der Vorschlag enthalten, eine Landesagentur für Klimaschutz und Energieeffizienz zu gründen. Auch das Moorschutzprogramm ist dort mit angesprochen. Das sind aber Projekte, die die alte Landesregierung nicht auf den Weg gebracht hat.

Die alte Landesregierung hat zum Teil in innovative Verfahren investiert, die nicht Teil eines großen Programms waren, sondern eher aus Einzelprojekten bestanden. Mein Eindruck war, dass man die meiste Zeit der letzten Legislaturperiode mit der Erarbeitung von Programmen verbracht hat, dass es an der Umsetzung aber doch etwas gehapert hat.

Die Forschungsaktivitäten, auch das KLIFF-Programm, will ich ausdrücklich erwähnen. Insofern kann man meiner Ansicht nach schon sehen, dass das Problem in der letzten Wahlperiode verstärkt wahrgenommen wurde.

(Zuruf von der SPD: Den Eindruck hatten wir gestern aber nicht!)

Was es aber nicht gegeben hat, waren eine systematische Herangehensweise und eine strukturierte Umsetzung dessen, was in der Regierungskommission erarbeitet wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Der Kollege Dr. Gero Hocker, FDP-Fraktion, hat sich zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Hocker!

Dr. Gero Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der jährliche zusätzliche CO₂-Ausstoß von China etwa das Tausendfache des absoluten CO₂-Ausstoßes Niedersachsens beträgt, frage ich die Landesregierung, wie hoch der Effekt des Moorschutzprogramms aus Sicht der Landesregierung beim Schutz des Klimas ist.

Vielen Dank.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Immer mit dem Finger auf andere zeigen! - Ina

Korter [GRÜNE]: Das ist ja eine schöne Frage!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, bitte.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Hopper - - -

(Heiterkeit)

- Themenhopper! - Entschuldigung!

Herr Dr. Hocker, ich weiß nicht, ob Sie von Äsop die Fabel von dem Fuchs, der die Trauben essen will, kennen. Da der Fuchs merkt, dass er nicht an die Trauben kommt, sagt er: Ach, die Trauben schmecken sowieso nicht. Die sind alle sauer. Ich will ja doch keine Trauben essen. - So kommt mir das vor, was Sie da erzählen.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Ich habe eine Frage gestellt! Ich habe keine Wünsche geäußert!)

- Ja, ich komme ja darauf.

Da Sie meinen, dass das Bemühen am Ende nicht zum Ziel führt, weil Sie meinen, dass das Ziel nicht erreichbar ist, schmeißen Sie von vornherein die Flinte ins Korn und tun gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das wäre die Konsequenz Ihres Ansatzes, Herr Dr. Hocker. Ich bin von Natur aus eher optimistisch. Meine Erfahrung im politischen Leben ist, Herr Dr. Hocker: Gute Ideen setzen sich durch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn man eine Mehrheit im Parlament hat, dann geht es schneller. Wenn man keine Mehrheit hat, dann dauert es ein bisschen länger.

(Jörg Hillmer [CDU]: So ist es!)

In jedem Fall ist ganz klar: Klimaschutz wird am Ende nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, in Europa insgesamt und auch global Unterstützung dafür zu finden. Das zeichnet sich aber ab.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Dr. Gero Hocker [FDP])

- Moment, hören Sie einmal einen Augenblick zu!

Mittlerweile gibt es Provinzen in China, die sagen: Wir probieren jetzt einmal praktisch aus, wie man ein Emissionsrechtehandelssystem aufbauen kann. - Provinzen in Kanada, Bundesstaaten in den USA und eine ganze Reihe weiterer Länder machen das. Es kommt jetzt darauf an, die unterschiedlichen Ansätze zu verknüpfen und sich dann gemeinsam auf den Weg zu machen.

Man darf auch nicht vergessen: Das Ganze hat auch eine große wirtschaftspolitische Komponente. Wenn wir es schaffen, die Technologien zu entwickeln, die effizientes Wirtschaften ermöglichen, die eine Energieproduktion ohne Verwendung von fossilen oder nuklearen Quellen ermöglichen, wenn wir es schaffen, dadurch auch eine Dämpfung der ansteigenden Preise für fossile Rohstoffe zu erreichen, die schlicht und einfach endlich sind, Herr Dr. Hocker, dann ist das letztlich auch ein gewaltiges Konjunkturprogramm für die Nation, die diese Technologien beherrscht und die die Fachkräfte, das Wissen und die Forschung hat, die das also kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Gerald Heere, Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass der Kollege Hocker gestern sehr kritische Äußerungen zu dem IPCC-Bericht gemacht hat und eben dargestellt wurde, dass auch deutsche Wissenschaftler daran beteiligt sind, frage ich die Landesregierung, wie viele deutsche Wissenschaftler es sind und ob diese Wissenschaftler auch z. B. von der Bundesregierung konsultiert werden, an der die FDP in den letzten Jahren beteiligt war.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Heere, was die 40 Fachleute von deutschen Universitäten, Forschungseinrichtungen und auch von Einrichtungen aus der Privatwirtschaft angeht, so kann ich einige

nennen. Das sind z. B. das Max-Planck-Institut für Meteorologie, das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, die Universitäten Leipzig, Berlin, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Gießen, Rostock und Bremen, das DLR mit Sitz in Niedersachsen, die Münchener Rück, das Wuppertal Institut, die KfW-Bank, ECOFIS, das International Institute for Applied Systems Analysis, das Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung, die GKSS, das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, MARUM, das Zentrum für Marine Umweltwissenschaften.

Das heißt, hier sind sehr viele wissenschaftliche Einrichtungen aus Deutschland beteiligt. Auf der 29. Versammlung wurde u. a. Herr Ottmar Edenhofer zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Vermeidung des Klimawandels“ ernannt. Er ist stellvertretender Direktor des Potsdam-Instituts und ist meines Wissens auch von der Bundesregierung als Berater in Anspruch genommen worden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Frank Henning, SPD-Fraktion.

Frank Henning (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Welche Aufgaben soll die geplante niedersächsische Klima- und Energieagentur im Einzelnen übernehmen?

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Gute Frage! - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Darauf hätten wir gerne eine Antwort!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die Antwort kommt durch den Minister. Bitte schön!

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Nehmen Sie bloß den richtigen Zettel mit!)

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Birkner, ich hätte Ihnen jetzt auch aus dem Ergebnis der Regierungskommission vorlesen können. Das ist eine der zwei zentralen Maßnahmen gewesen - zusammen mit einer intensiven Bürgerbeteiligung -, die dort vorgeschlagen wurden.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Aber nicht so, wie Sie das gewollt haben!)

- Für konstruktive Vorschläge sind wir ja immer offen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Sie sollen sagen, was Sie wollen!)

Aber einfach das Geld im Haushalt zu streichen, ist meines Erachtens nicht der richtige Ansatz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen eine Institution schaffen, die alle regionalen Akteure vernetzt, die dafür Sorge trägt, dass von der Industrie- und Handelskammer bis hin zu den Kreishandwerkerschaften oder den lokalen Klimaschutzagenturen alle Akteure eingebunden werden, sodass sie in der Kooperation als Transmissionsriemen auch für eine möglichst zielgerichtete Beratung und Unterstützung von Handwerksbetrieben, von kleinen und mittelständischen Unternehmen, aber auch von privaten Haushalten dienen.

Die Klimaschutzagentur soll selber keine Beratungen von einzelnen Privathaushalten, Schulen, Kindergärten oder anderen Einrichtungen vornehmen, sondern sie wird insbesondere als Transmissionsriemen arbeiten. Sie wird z. B. Förderprogramme analysieren und maßgeschneiderte Vorschläge für die Förderprogramme des Landes, aber auch für Modifizierungen der Förderprogramme des Bundes, der KfW oder des BAFA machen. Sie wird ganz gezielt auch Projekte identifizieren, die als Leuchtturmprojekte infrage kommen. Sie wird insgesamt ein Treiber der Energiewende sein und als Ansprechpartnerin für die unterschiedlichen Institutionen zur Beratung zur Verfügung stehen.

Wir haben im Vorfeld einen sehr intensiven Dialog auch mit allen beteiligten Kooperationspartnern geführt und überraschend viel Unterstützung und Resonanz erfahren. Wir werden aber auch sogenannte Akteursforen und einen Beirat einrichten, um praktisch im ständigen Dialog mit all denjenigen zu bleiben, die wir brauchen. Das geht bis zu den Versicherungen und Banken, die notwendig sind, um in diesem Bereich tatsächlich die richtigen Entscheidungen zu treffen und Weichenstellungen vornehmen zu können. Im Unterschied zu manch anderem Politikbereich werden hierbei nicht alle Investitionen aus dem Landeshaushalt erfolgen. Ganz im Gegenteil: eher ein sehr geringer Teil.

Das Geheimnis des Erfolges besteht darin, möglichst viele Akteure, auch möglichst viele private Akteure, zur Investition zu motivieren und dafür zu sorgen, dass wir hier richtig Drive reinkriegen. Dort, wo schon Investitionen geplant sind und wegen manch politischer Diskussion in der Vergangenheit jetzt auf Eis liegen, hoffen wir, dass wir wieder Rückenwind bekommen. Insofern würde ich mich freuen - das ist ein Projekt, das hier im Parlament eigentlich breit getragen wurde -, wenn Sie sich Ihre alten Vorschläge noch einmal genau angucken und wir das am Ende einvernehmlich auf den Weg bringen.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt die Kollegin Almuth von Below-Neufeldt, FDP-Fraktion.

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eben ging es in der Diskussion um Kraftwerke. Herr Minister Wenzel, Sie sprachen in dem Zusammenhang von den schmutzigen alten Braunkohlekraftwerken. Ich frage Sie: Ist das eine sachgerechte Bewertung? Welches Kraftwerk meinen Sie konkret?

Danke schön.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Wenzel, bitte!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete von Below-Neufeldt, wir haben z. B. Blockheizkraftwerke, die einen Wirkungsgrad von 85 bis 95 % erreichen. Wir haben moderne GuD-Kraftwerke, die etwa 60 % Wirkungsgrad erreichen. Wir haben bei der Dow ein Projekt in Planung, das auch etwa in diesem Bereich liegen wird. Wir haben moderne Kohlekraftwerke, die bereits in der Vergangenheit errichtet wurden. Die schaffen maximal 46 %. Wir haben alte Braunkohlekraftwerke, die zum Teil bei nur 35 % oder weniger liegen.

Die Frage wird jetzt sein: Wie und mit welchen Instrumenten gelingt es, die Kraftwerke mit den höchsten CO₂-Emissionen zuerst sozusagen vom Markt zu nehmen? Es macht nämlich keinen Sinn - und das passiert im Moment -, wenn die effizienten Gaskraftwerke, die modernsten Kraftwerke, die wir in unserem Kraftwerkpark heute haben, stillstehen, während die Braunkohlekraftwerke mit 30 bis 35 % Wirkungsgrad laufen und deutlich mehr CO₂-Emissionen als eigentlich notwendig produzieren. Insofern wird die Frage sein: Welche Steuerungsinstrumente sind hierbei richtig und notwendig? - Wir haben insbesondere als einen Eckpfeiler in unserem Energiewende-2.0-Papier die Stabilisierung des Emissionsrechtehandels genannt.

Wir haben gesagt: Wir brauchen in jedem Fall das sogenannte Backloading, also die Herausnahme von handelbaren Zertifikaten. Wir brauchen auch das Set-aside, ebenfalls eine Herausnahme, aber ohne eine Rückgabe in den Markt. Wir brauchen die Prüfung eines Floor-Price-Systems, also eines Mindestpreissystems. Ferner brauchen wir eine strukturierte Reduzierung der handelbaren Mengen - Stichwort „Klimaziel“.

Das muss für die Zeit bis 2030 aber so ausgestaltet werden, dass hierbei Planungssicherheit herrscht. Dann wissen Investoren und auch Betreiber von Kraftwerken, was künftig noch wirtschaftlich ist. Dann wird man sich sehr genau ausrechnen können, wie lange sich noch ein Braunkohlekraftwerk mit einem Wirkungsgrad von 35 % rechnen. Ich hoffe, dass die alten Kraftwerke mit den schlechtesten Wirkungsgraden als erste aus dem Markt gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt Frau Gabriela König, FDP-Fraktion.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass Sie gesagt haben, Sie hätten eine Menge von Forschern in Ihre Bewertung mit einbezogen: Kennen Sie auch ein renommiertes Forscherkonsortium, das letztendlich nachgewiesen hat - - -

Ich zitiere dazu nur einen Satz aus diesem großen Pamphlet: Nachweisbar ist: Die Aktivität der Sonne hat seit dem Jahr 1700 kräftig zugenommen. Sie

erreichte in den zwei Zyklen vor 1995 sogar den höchsten Wert seit 400 Jahren. Vor 1 000 Jahren gab es auch in Grönland Ansiedlungen von Wikingern, die dort Ackerbau betrieben haben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das ist der berühmte Forscher Dr. Hocker mit seinem Team!)

Seit 150 Jahren haben wir eine Erwärmung um 0,8 °C. Diese Forscher sagen, nur ein kleiner Teil davon sei überhaupt von den Menschen verursacht.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Wie gesichert sind Ihre Annahmen, dass wir demnächst eine zweiprozentige Erderwärmung bekommen?

(Zustimmung bei der FDP - Renate Geuter [SPD]: Und die Erde ist eine Scheibe! - Miriam Staudte [GRÜNE]: Wie gesichert ist die Erkenntnis, dass die FDP unter 5 % bleibt?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Wenzel, bitte!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau König, das sind ja nicht meine Wissenschaftler. Sie sind von 195 Staaten der Erde ausgewählt worden. Ich gebe Ihnen gerne die Zusammenfassung; sie ist Wort für Wort von 195 Regierungen abgesegnet worden.

Die Wissenschaftler sagen: Das Signifikanzniveau liegt bei 95 %. Das ist im wissenschaftlichen Bereich sehr viel. Aber natürlich gibt es immer Unsicherheiten. Natürlich gibt es auch Wissenschaftler, die behaupten, die Mehrheit hat nicht recht. Aber das ist Gegenstand von Forschung. Das ist ja gerade Gegenstand dieser Diskussion: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit? - Diese 830 Wissenschaftler sind mit hoher Signifikanz zu dem Ergebnis gekommen, dass der Klimawandel in dieser Form ausfallen wird. Ich kann Ihnen das gerne mitgeben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Martin Bäumer, CDU-Fraktion.

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass Herr Minister Wenzel vorhin in seiner Regierungserklärung über die Klimaschutzagentur gesprochen und für meine Ohren sehr deutlich betont hat, dass diese Klimaschutzagentur ihre Aufgabe neutral erfüllen wird, frage ich die Landesregierung: Können Sie ausschließen, dass dort Mitarbeiter mit rotem oder grünem Parteibuch eingestellt werden?

(Zustimmung bei der CDU - Lachen
bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Wenzel! - Ich glaube, es war keine Regierungserklärung, sondern eine Antwort.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bäumer, wir fragen bei Einstellungen nicht nach dem Parteibuch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

In meinem Ministerium arbeiten - vermute ich - Mitarbeiter, die wahrscheinlich allen Parteien - unterschiedlichster Couleur - angehören, die hier im Parlament vertreten sind, vielleicht auch darüber hinaus. Es wird auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben, die keiner Partei angehören. Ähnlich werden die Kriterien auch für die Agentur sein. Mir liegt daran, dass das Ganze hierbei in erster Linie nach Leistung beurteilt wird.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und
bei der SPD - Dr. Stefan Birkner
[FDP]: „In erster Linie“!)

- Ja! Entsprechend der Vorgaben, die wir dafür im Land haben.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Eignung,
Befähigung!)

Das ist doch ganz klar!

(Zustimmung bei den GRÜNEN und
bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Ernst-Ingolf Angermann, CDU-Fraktion. Bitte schön!

Ernst-Ingolf Angermann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Wenzel, Sie sprachen in Ihren Ausführungen von dem Aller-Oker-Leine-Tal. Gerade in diesem Bereich gab es in diesem Jahr erhebliche Überschwemmungen. Ich frage Sie vor diesem Hintergrund: Wie ist es vertretbar, dass gerade in diesem Bereich die unteren Naturschutzbehörden fordern, dass dort die Graben- und Gewässerräumung reduziert wird?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Wenzel, bitte!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege, ich kenne den konkreten Fall nicht. Ich bitte Sie, mir einfach die Information zu geben. Dann prüfen wir das im Einzelfall, und dann kriegen Sie eine Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zu-
stimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Axel Miesner, CDU-Fraktion. Bitte, Herr Miesner!

Axel Miesner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Helge Limburg [GRÜNE]: Lassen Sie
mal das Mikrofon los! Die Anlage geht
sonst kaputt! - Weitere Zurufe)

- Bleibt ganz locker! Wir haben hier gleich Feierabend. Von daher - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Aber wir brauchen die Anlage auch noch in der nächsten Woche. Ich konnte das von hier aus nicht sehen. Bitte schön!

Axel Miesner (CDU):

Ich stelle meine Frage vor dem Hintergrund der Berichterstattung - Herr Minister Wenzel, darin werden Sie direkt angesprochen - in der *Ostfriesen-Zeitung* vom 8. Oktober dieses Jahres, wo es unter der Überschrift „Kein Wort vom Umweltminister zur Kohlekraft“ um das Kohlekraftwerk in Eemshaven geht. Die Bürgerinitiative „Saubere Luft in

Ostfriesland“ erwartet eine Luftqualitätsmessung vor der Inbetriebnahme des Kraftwerks. Neben der Enttäuschung über Sie, Herr Wenzel, ist die Initiative ebenso von dem Europapolitiker Matthias Groote enttäuscht, der ebenso wie Minister Wenzel die Schreiben der Initiative unbeantwortet lässt. - So viel zu dem Thema, wie man mit den Bürgern umgeht.

(Axel Brammer [SPD]: Frage!)

Vor diesem Hintergrund frage ich, Herr Brammer, Herrn Wenzel und die Landesregierung: Wann erfolgt die Luftqualitätsmessung dort? Wann wird die Bürgerinitiative die Antwort von der Landesregierung erhalten?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die Frage beantwortet Herr Minister Wenzel und nicht Herr Brammer.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Miesner, die Anlage, die Sie meinen, ist ein Kohlekraftwerk, das in den Niederlanden gebaut werden soll. Der Projektierer ist ein Konzern aus Deutschland.

Hierbei stand zum einen die Frage im Raum, ob es eine Beteiligung an der UVP in angemessenem Maße gab, auch entsprechend der europarechtlichen Regelungen, die auch eine Beteiligung über Landesgrenzen hinweg erfordern. Wir haben dazu auch ein Gespräch mit Vertretern von vor Ort geführt, die sich hier sehr genau erkundigt haben, wie die Verfahren in der Vergangenheit gelaufen sind.

Dabei haben wir leider feststellen müssen, dass die alte Landesregierung das Verfahren nicht in der Form betrieben hat, wie es notwendig gewesen wäre. Als das Beteiligungsverfahren lief, ist es hier in Niedersachsen leider versäumt worden, die entsprechende Beteiligung zu ermöglichen.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Trotzdem sind wir sehr daran interessiert zu beobachten, was in den Niederlanden passiert. Wir fürchten hier insbesondere eine Beeinträchtigung der Zielerreichung im Bereich der FFH-Gebiete an der Küste. Auch die Meeresschutzrichtlinie spielt

hierbei eine Rolle, weil die Einträge künftig auch dabei für die Bewertung eine Rolle spielen.

Insofern sind wir bemüht, jedem, der uns anschreibt, in einer vertretbaren Zeit eine Antwort zukommen zu lassen. In diesem Einzelfall ist das versehentlich unterblieben. Aber wir haben deutlich gemacht, dass es grundsätzlich unser Anspruch ist, so vorzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ihre zweite Zusatzfrage stellt die Kollegin Almuth von Below-Neufeldt, FDP-Fraktion.

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, wie sie die Tatsache bewertet, dass sich das Ozonloch nach allen Erkenntnissen inzwischen wieder verkleinert hat.

(Gerald Heere [GRÜNE]: Warum ist es denn kleiner?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte, Herr Minister!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau von Below-Neufeldt, meines Erachtens war das damals das Montreal-Protokoll. Das war ein Beispiel für eine internationale Zusammenarbeit, die am Ende auch Erfolge gezeigt hat, weil z. B. FCKWs in der Nutzung sehr stark eingeschränkt wurden.

Ob dieses Problem wirklich gelöst ist, da würde ich - gelinde gesagt - noch Zweifel anbringen. Aber die Prognosen von damals sind in der Vehemenz nicht eingetreten, weil man sich - auch im internationalen Bereich - konsequent gegen diese Entwicklung gestellt hat.

Wenn es am Ende gelingt, durch entscheidende Maßnahmen und gemeinsames Handeln dafür Sorge zu tragen, dass wir beim Klimawandel unter 2 °C bleiben,

(Editha Lorberg [CDU]: Das ist so!)

dann würde ich mich sehr freuen. Das ist das Ziel, das wäre meine Hoffnung. Aber das verlangt uns allen eben noch viel Anstrengung ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Minister. - Herr Dammann-Tamke, Sie haben die Möglichkeit zu einer Zusatzfrage. Bitte schön!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am kommenden Mittwoch ist der Ministerpräsident angekündigt zur Einweihung des Gaskraftwerkes bei der Dow Chemical in Stade. Er hat sich allerdings entschuldigt. Ich gehe davon aus, dass ihn ein anderer Vertreter der Landesregierung - z. B. der Umweltminister - vertreten wird. Vor diesem Hintergrund richte ich an die Landesregierung eine Frage, die auch die Werksleitung oder auch die Personalräte am kommenden Mittwoch stellen werden: Angesichts der Tatsache, dass die Einweihung des Gaskraftwerkes der erste Bauabschnitt ist und ein zweiter Bauabschnitt geplant ist - nämlich die Errichtung eines Kohlemeilers -, stellt sich die Frage, ob uns die Landesregierung bei diesem Vorhaben unterstützt vor dem Hintergrund, dass beide Bauvorhaben - Gaskraftwerk und Kohleleimer - als kombiniertes Kraftwerk angesehen werden und einen Wirkungsgrad von unter 55 % erreichen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Herr Umweltminister!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dammann-Tamke, ich hatte eben schon auf eine ähnlich lautende Frage geantwortet.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]:
Aber nicht korrekt! - Gegenruf von den GRÜNEN: Doch!)

- Sehr wohl. Ich habe gesagt, dass die Landesregierung beabsichtigt, im Landes-Raumordnungsprogramm, das derzeit in der Anhörung ist, einen Mindestwirkungsgrad für den Neubau von Kraft-

werken vorzusehen. Dort sind 55 % Wirkungsgrad vorgesehen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Und wenn es 54 % sind?)

Meines Erachtens plant die Dow Chemical mit einem Wert, der darüber liegt. Von daher würde dieser Wirkungsgrad dann auch den Wert überschreiten, der künftig im Landes-Raumordnungsprogramm stehen könnte. Wenn ein Antrag vorliegt, werden wir ihn nach Recht und Gesetz prüfen. Und wenn er genehmigungsfähig ist und den gesetzlichen Anforderungen nach BImSchG entspricht, sind wir gehalten, ihn auch zu genehmigen.

Wir sind mit der Dow Chemical und mit der Betriebsleitung auch im intensiven Gespräch. Ich selbst war zwei- bzw. dreimal vor Ort und habe mir das angeguckt. Wir haben Interesse, unter Klimagesichtspunkten die bestmögliche Lösung zu erreichen. Auch das war immer Gegenstand von Gesprächen. Wir müssen uns aber den konkreten Antrag angucken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Herr Kollege Angermann, Sie haben das Wort für Ihre zweite Zusatzfrage.

Ernst-Ingolf Angermann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Wenzel, Sie sprachen im Rahmen der Moorvernässung von relativ geringen Emissionsminderungskosten. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Wie werden Sie mit den Grundeigentümern und Bewirtschaftern umgehen, die diese Flächen zur Futterwerbung brauchen? Werden die entschädigt? Wie werden die Betriebe weiterhin ihre Tiere ernähren können?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Bitte, Herr Umweltminister!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Angermann, wir sind gerade dabei, eine Bestandsaufnahme zu machen, um zu gucken, wo wir noch Nieder- und Hochmoore haben und in welchem Erhaltungszustand die sind,

und wo wir moorige Böden haben, die heute unter Acker- oder unter Grünland sind.

Wir werden gucken, wo mit möglichst großer Wirkung auch entsprechende Projekte generiert werden können und wo es vor Ort Kommunen, Landwirte und Umweltverbände gibt, die das unterstützen. Wir werden dann alle Maßnahmen prüfen, die dafür infrage kommen, vom Vertragsnaturschutz über den Kauf von Flächen bis hin zur Nutzung vorhandener Schutzgebiete. All das wird Gegenstand intensiver Beratungen sein. Auch Flurbereinigung ist in dem Bereich grundsätzlich ein mögliches Instrument.

In jedem Fall wird es nur in einem engen Dialog mit der Landwirtschaft gelingen. Wir sind hier auch mit der Torfindustrie im Gespräch. Das ist nichts, was in zwei Jahren fertig ist. Das ist im Grunde ein Projekt für zwei bis drei Legislaturperioden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt stellt Herr Dr. Stefan Birkner, FDP-Fraktion, eine Zusatzfrage. Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass der Minister hier auf eine Frage hin ausgeführt hat, dass beabsichtigt ist, den Generalplan Küstenschutz angesichts der IPCC-Berichtsergebnisse neu zu überarbeiten, frage ich, wann dies genau angegangen wird und wann dieser Überarbeitungsprozess beendet sein wird.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Herr Minister!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Birkner, ich habe ausgeführt, dass wir nach Vorlage des letzten Berichts - also im Oktober 2014 - prüfen, ob es die Notwendigkeit gibt, den Generalplan Küstenschutz zu überarbeiten oder nicht. Dann gucken wir uns die fünf Teilberichte an und werden uns diese Frage stellen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Aber jetzt haben wir ja November!)

- Das ist ja nächstes Jahr im Oktober.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ach ja, Entschuldigung!)

Das wird also noch etwas dauern; denn das ist jetzt erst der erste Teil. Wir werden dazu aber auch gern im Ausschuss berichten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Kollege Limburg, Bündnis 90/Die Grünen, Sie haben das Wort für eine Zusatzfrage.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Minister Wenzel, Sie haben vorhin über aus Ihrer Sicht notwendige Hochwasserpräventionsmaßnahmen gesprochen, und ich möchte vor diesem Hintergrund noch etwas genauer fragen, was Sie sich da vorstellen. Geht es da nur um Deicherhöhungen, oder welche Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht des Weiteren sinnvoll, um Hochwassern möglichst vorzubeugen?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Bitte schön, Herr Minister!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Deichsicherheit ist der Punkt, der bei uns kurzfristig und mittelfristig, aber auch langfristig ganz stark im Vordergrund steht. Wir wissen aufgrund der vergangenen Ereignisse aber auch, dass wir eine Kombination aus technischen und ökologischen Maßnahmen brauchen. Insbesondere müssen wir bei den Oberliegern dafür werben, Retentionsräume, Rückhaltebecken, Polder zu schaffen, Auen wiederanzulegen und die Wasserhaltigkeit der Böden zu verbessern. Das kann - wie bei der Elbe - ein internationales Projekt sein, an dem vier Staaten und zehn Bundesländer beteiligt sind. Es kann aber auch - wie im Bereich Wolfenbüttel/Schlade - sein, dass zwei oder drei Gemeinden zusammenarbeiten und sich darauf verständigen, dass beim Oberlieger etwas getan wird, damit der Unterlieger geschützt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Herr Kollege Bajus, Sie haben das Wort für eine Zusatzfrage.

Volker Bajus (GRÜNE):

Danke. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts dessen, dass fossile Großkraftwerke insbesondere wegen ihrer großen CO₂-Emissionen in der Kritik stehen - an den Fragen, die wir heute gehört haben, konnte man sehen, dass sich da nicht nur viele Bürgerinitiativen und Umweltschützer große Sorgen machen, sondern insbesondere auch die CDU-Fraktion -, frage ich die Landesregierung, wie sie die derzeit extrem niedrigen Preise im CO₂-Zertifikatehandel beurteilt und wie sie insbesondere das Handeln der Bundesregierung in der Vergangenheit bewertet, was die Reform des CO₂-Zertifikatehandels auf EU-Ebene angeht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Bitte schön, Herr Minister Wenzel.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Bajus, der Emissionshandel ist meines Erachtens ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Eckpfeiler des Klimaschutzes. Er ermöglicht es uns, international zusammenzuarbeiten.

In den letzten zwei Jahren sind die Zertifikatspreise aber auf 3 bis 5 Euro pro Verschmutzungsrecht für 1 t abgesunken. Damit hat der Emissionshandel eigentlich jede Steuerungswirkung verloren. Das ist auch der Grund dafür, dass plötzlich die EEG-Umlage so stark angestiegen ist, die sich ja an der Differenz bemisst.

Die Prognose der Bundesregierung von 2011 sah noch ganz anders aus. Man hat dort nicht berücksichtigt, dass der Preisverfall bei den Emissionszertifikaten so schnell geht. Man hat die Entwicklung aber auch nicht korrigiert, weil sich das Bundesumweltministerium und das Bundeswirtschaftsministerium hier nicht auf eine Reform einigen konnten.

Insofern ist das jetzt eine zentrale Herausforderung. Ich hoffe, dass Deutschland hier endlich diese - - - Im Grunde liegt das danieder. In Brüssel spricht man von „German vote“, von Enthaltung. Das muss jetzt konsequent angegangen werden. Damit kriegen wir auch wieder ein Instrument, das dafür sorgt, dass am Ende wirklich die effizientesten Kraftwerke den Strom liefern und nicht die schmutzigsten Kraftwerke.

Wir müssen aber überlegen, ob wir ein zusätzliches Steuerungsinstrument brauchen, beispielsweise Mindestwirkungsgrade.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke schon. - Aus der CDU-Fraktion stellt jetzt der Kollege Jörg Hillmer eine Zusatzfrage.

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eine Nachfrage zu dem vom Minister angekündigten Klimaschutzgesetz stellen. Herr Minister, welche Schwerpunkte soll dieses niedersächsische Gesetz haben, und wann werden Sie den Gesetzentwurf dem Landtag vorlegen?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Bitte, Herr Minister Wenzel!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, wir haben dazu einen Antrag der Fraktionen. Wir werden also im Ausschuss beraten, was für Vorstellungen und welchen Zeitplan es seitens der Fraktionen gibt.

Wir hatten bisher vorgesehen, zunächst einmal zu gucken, ob die neue Bundesregierung ein Bundesklimaschutzgesetz vorlegen wird. Denn das würde natürlich einen Rahmen schaffen und möglicherweise die eine oder andere landespolitische Regelung verzichtbar machen.

Wir sind dabei, vorhandene Landesklimatechutzgesetze zu analysieren, z. B. das Klimaschutzgesetz von Nordrhein-Westfalen oder das Erneuerbare-Wärme-Gesetz von Baden-Württemberg. Wir gucken: Welche Maßnahmen sind wirkungsvoll? Wie

tief gehen die Eingriffe? Woran sollte man sinnvollerweise gehen?

Ich rechne damit, dass Ende 2014 ein Entwurf vorliegen und 2015 ein Beschluss erfolgen könnte.

(Zuruf)

- Das werden wir sehen, wenn wir diese Auswertungen vorgenommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Minister. - Herr Kollege Kortlang, FDP-Fraktion, Sie haben das Wort für eine Zusatzfrage.

Horst Kortlang (FDP):

Sehr verehrtes Präsidium! Meine Damen! Meine Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie viel Steuergelder wurden bisher von der BRD an das IPCC überwiesen? Haben Sie Kenntnis, ob da noch Steigerungen stattfinden? - Darüber hätte ich gern Auskunft.

Danke.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Herr Minister Wenzel!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, da bin ich überfragt. Wir werden die Bundesregierung fragen, was dort seitens der Bundesrepublik geleistet wird. Wir haben darüber hinaus natürlich die Forschungsinstitutionen, die hier in der Regel eigene Mittel einsetzen. - Sie werden eine Antwort von uns bekommen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Minister. - Auch aus der FDP-Fraktion fragt jetzt der Kollege Hermann Grupe. Bitte schön!

Hermann Grupe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass auf Moorböden mehrere Tausend landwirtschaftliche Betriebe wirtschaften, deren Familien diese Fläche über Jahrhunderte dem Moor abgerungen haben, vor dem Hinter-

grund, dass für eine großräumige Wiedervernäsung sicherlich Hunderte von Millionen, wenn nicht gar Milliarden Euro notwendig wären, wenn Sie diese Familien nicht ersatzlos enteignen wollen, und vor dem Hintergrund, dass Sie nur 1,5 Millionen Euro für den Moorschutz in den Haushalt eingestellt haben, frage ich die Landesregierung: Können Sie den Menschen die Angst nehmen, dass ihre wirtschaftliche Existenz gefährdet ist?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Bitte schön, Herr Minister Wenzel!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, wir haben zusätzlich vorgesehen, Mittel aus den EU-Förderprogrammen zu nutzen. Beispielsweise ist da - das ist aber abhängig von den Haushaltsberatungen und den Verhandlungen über die EU-Fördermittel - ein Betrag von etwa 5 Millionen Euro jährlich vorgesehen.

Wir haben nicht vor, irgendjemanden zu enteignen, sondern möchten hier insbesondere auch auf Akzeptanz vor Ort setzen. Deswegen haben wir auch in den Verhandlungen zwischen den beiden Koalitionspartnern ganz bewusst darauf verzichtet, zu sagen: Dort und dort wird das jetzt gemacht. - Wir möchten Kommunen finden, die sagen: Das ist für uns eine spannende Herausforderung; der wollen wir uns stellen. - Zum Beispiel hat der Landkreis Diepholz im Diepholzer Moor auch unter touristischen Gesichtspunkten und Naturschutzgesichtspunkten ganz interessante Einrichtungen entwickelt.

Aus dem Bereich Steinhuder Meer - Herr Dr. Birkner wird das kennen - wird mir berichtet, dass in der Nebensaison mittlerweile 30 % der Besucher, die dort im Beherbergungs- - - im Beherbergungsgeberbe - - - in den Gasthäusern unterkommen,

(Heiterkeit und Beifall)

Vogelbeobachter sind. Die kommen im Herbst und im Frühjahr dorthin, um Vögel zu beobachten - ein interessanter wirtschaftlicher Nebeneffekt.

Wir werden das mit den Landwirten machen. Wir wollen hier niemanden seiner Existenz berauben. Ich bin ganz optimistisch, dass die verschiedenen Instrumente dies erlauben und dass man Regio-

nen und Kommunen finden wird, die sagen: Ja, das ist für uns spannend, da wollen wir uns engagieren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann
Grupe [FDP]: Sehr gut!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage - seine zweite - stellt der Abgeordnete Dr. Birkner, FDP-Fraktion.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energiepolitik insgesamt einen wesentlichen Teil zum Erreichen der Klimaschutzziele beizutragen haben, frage ich die Landesregierung, wie sie zu den Vorschlägen steht, die die SPD - insbesondere durch Frau Kraft - in die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene eingebracht hat: dass man das EEG sehr schnell sehr grundlegend reformiert, dass man eine Marktprämie vorsieht und damit ein komplett neues Modell der Förderung erneuerbarer Energien aufbaut.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Herr Minister Wenzel, Sie haben das Wort.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Birkner, ich bitte um Verständnis, dass ich Ihnen nicht über den Verlauf der Koalitionsverhandlungen in Berlin berichten kann.

(Jörg Bode [FDP]: Aber Sie haben es doch in der Zeitung gelesen! - Weiterer Zuruf von der FDP: Aber der Ministerpräsident!)

- Ja. Aber auch der Ministerpräsident wird Ihnen nicht aus laufenden Verhandlungen berichten.

(Jörg Bode [FDP]: Aber das stand doch in der Zeitung!)

Ich glaube auch nicht, dass das angemessen wäre. Ich glaube, dass manches, was man Frau Kraft in der Öffentlichkeit vorgeworfen hat, auch gar nicht stimmt.

Ich möchte aber anmerken, dass wir in unserem Vorschlag z. B. gesagt haben: Wir wollen einen

zeitlich und nach Größenklassen strukturierten Übergang von der EEG-Einspeisevergütung hin zu einer Marktintegration. - Das im Detail auszugestalten ist jetzt die Herausforderung. Wir haben heute schon die Situation, dass 90 % der Windkraftanlagenbetreiber die Instrumente Marktprämie und Managementprämie nutzen. Im Photovoltaikbereich sind es erst 10 %, 11 %. Hier gilt es, angepasst an die verschiedenen Techniken die richtigen Übergangszeiträume und die richtigen Ansätze zu finden, um die Marktintegration möglichst vollziehen zu können. Wie das im Detail geregelt wird, wird man sehen, wenn die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern dann so weit vorangeschritten sind.

Insgesamt hoffe ich, dass vor allem schnelle Lösungen auch für den Offshorebereich gefunden werden. Zum Beispiel halte ich eine Verlängerung des Stauchungsmodells für notwendig, um Planungssicherheit auch im Offshorebereich zu ermöglichen. Aber das ist kein Punkt, der aus unserer Sicht strittig ist. Das ist in dem Papier gelungen, das wir gemeinsam mit zehn Akteuren verhandelt haben, indem wir Lösungen beschreiben, die den generellen Einspeisevorrang erhalten und gleichzeitig einen Weg zu einer Marktintegration aufzeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke schön, Herr Minister. - Die zweite Zusatzfrage stellt der Kollege Thomas Schremmer, Bündnis 90/Die Grünen.

(Jörg Bode [FDP]: Jetzt schnell eine Frage überlegen!)

Thomas Schremmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass - ich muss wirklich überlegen, welche Frage ich stellen wollte, ja, dass ich eine Frage habe - die wissenschaftliche Signifikanz der Untersuchungen der Temperaturerhöhung durch die weltweite Klimaänderung nur bei 95 % liegt und der FDP-Fraktion bzw. einigen Fragestellerinnen das offensichtlich nicht genügt, und vor dem Hintergrund, dass ich mir deswegen schon die Frage stelle, ob die Erde nicht vielleicht doch eine Scheibe sei, frage ich die Landesregierung: Für wie wahrscheinlich halten Sie es vor diesem Hintergrund, dass Niedersachsen in der Zukunft nie wieder von Hochwasserkatastrophen betroffen sein wird? Wäre es nicht richtig, ange-

sichts dieser Tatsache sämtliche Hochwasserschutzmaßnahmen aus dem Haushalt herauszunehmen?

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Haben Sie die Frage verstanden, Herr Wenzel?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege. Die Frage, die Sie an sich selber gestellt haben, könnte man auch als zweite Frage werten. - Herr Minister, bitte schön!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Abgeordneter, in der Tat wäre das wahrscheinlich notwendig, wenn man Ihre Maßstäbe zugrunde legen würde. All unser Handeln ist am Ende immer durch Wahrscheinlichkeiten geprägt. Aber wir würden uns natürlich, wenn wir eine Maßnahme unterlassen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten kann, am Ende vor den Bürgerinnen und Bürgern rechtfertigen müssen, warum wir nicht gehandelt haben.

Zudem wissen wir sicher: Die fossilen Ressourcen sind endlich. Auch das ist ein Grund, diese Transformation der Energiewirtschaft voranzutreiben.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bode, Sie haben für die FDP-Fraktion das Wort zu einer Zusatzfrage.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Wenzel, gibt es neben der Bewertung und Einschätzung des IPCC zum Klimawandel auch noch andere Bewertungen und Einschätzungen? Ich meine jetzt nicht diejenige beispielsweise des Kollegen Schremmer, sondern Bewertungen und Einschätzungen zum Klimawandel von Instituten oder anderen, die der Landesregierung bekannt sind. Wie bewertet sie diese, falls sie sie kennt?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bode. - Bitte, Herr Minister Wenzel!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bode, es gibt z. B.

in den USA von den sogenannten Koch-Brüdern - einem großen Konzern, der in diesem Bereich auch sein Tätigkeitsfeld hat, also Produktion und Verkauf von fossilen Ressourcen - finanzierte Studien, die man allgemein als klimaskeptische Studien bezeichnet. Ich persönlich halte sie nicht für tragfähig und glaube, dass das Ergebnis, das der IPCC hier in einem wissenschaftsbasierten Verfahren vorgelegt hat, die wahrscheinliche Entwicklung beschreibt und wir sie nach heute vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen berücksichtigen müssen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Minister. - Auch aus der FDP-Fraktion stellt jetzt der Kollege Dr. Genthe eine Zusatzfrage. Sie haben das Wort.

Dr. Marco Genthe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Minister hat eben die Betroffenen vor Ort erwähnt. Das finde ich schön. Vor diesem und dem weiteren Hintergrund, dass die Landesregierung aufgrund zumindest umstrittener wissenschaftlicher Theorien plant, massiv Gelder aus sinnvollen Projekten, wie z. B. dem Hochwasserschutz, abzuziehen,

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

frage ich die Landesregierung, ob sie den Betroffenen vor Ort ernsthaft erklären will, dass Niedersachsen das Weltklima retten kann.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Genthe. - Bitte, Herr Minister Wenzel!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Genthe, ich stelle fest, dass es falsch ist, dass wir Gelder im Hochwasserschutz abziehen. Im Gegenteil, wir bemühen uns, auf verschiedenen Wegen und in verschiedenen Fördertöpfen mehr Mittel für die Zukunft zu generieren, um in diesem Bereich in Zukunft mehr Gelder einsetzen zu können.

Zum Zweiten. Die Frage, ob es gelingt, am Ende den Herausforderungen gerecht zu werden, stellt sich vor Ort für ein Land wie Niedersachsen, wo wir, auch wenn wir nichts für den Klimaschutz in der Zukunft täten, viel in die Klimaanpassung in-

vestieren müssten, um z. B. unseren Landwirten in Zukunft zu helfen, mit den Veränderungen klarzukommen. Ob man global erfolgreich ist, haben wir allein nicht in der Hand. Das ist eine Frage, die sich die Bundesrepublik, die Europäische Union und letztlich die Weltgemeinschaft stellen müssen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke schön, Herr Minister. - Zu ihrer zweiten Zusatzfrage hat die Kollegin Gabriela König, FDP, das Wort.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Landesregierung letztendlich die Mittel für Deichschutzmaßnahmen zwar nicht streicht, aber zumindest zurückführt - in Georgsmarienhütte beispielsweise hat es sich so dargestellt -, wenn in den Flutgebieten gekürzt wird, frage ich die Landesregierung: Welche Maßnahmen finanzieller Art sieht sie für die nächste mögliche Klimabewältigung, für die Eindämmung des Klimawandels vor, wenn letztendlich nicht nur EU- oder Bundesmittel fließen, sondern auch vom Land Niedersachsen Maßnahmen gefordert werden?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bitte, Herr Umweltminister Wenzel!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete König, wir haben keine Mittel gekürzt. Der Bund hat die GAK-Mittel gekürzt; das ist die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz. Wir bemühen uns gerade, den Bund gemeinsam mit der Ministerpräsidentenkonferenz und der Umweltministerkonferenz dazu zu bewegen, hier künftig wieder mehr Mittel einzusetzen. Die müssen dann zu 60 % vom Bund getragen werden. Zu 40 % finanziert das Land dann gegen. Wenn es einen Sonderrahmenplan gibt, beträgt der Anteil des Bundes 70 % und der der Länder 30 %.

Zusätzlich sind wir dabei, im ELER Maßnahmen einzuplanen. Da ist aber noch die Frage: Gelingt es, Mittel aus der ersten Säule in die zweite Säule zu übertragen? Dazu hat Niedersachsen Vorschläge gemacht, die leider von vielen CDU- und FDP-regierten Ländern nicht mitgetragen werden.

(Jörg Bode [FDP]: Da sind ja nicht mehr viele übrig! Das ist ja nur noch eins!)

- Aber CDU-geführte gibt es ja noch mehr, Bayern zum Beispiel.

(Jörg Bode [FDP]: Das ist CSU!)

Da gibt es jedenfalls Potenzial. Wenn es eine Einigung bei der Übertragung von der ersten auf die zweite Säule gäbe, würden wir beim ELER noch mehr machen. Aber ich weise Ihre Aussage zurück, dass wir in diesem Bereich kürzen. Das wollen wir nicht, Frau König.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Minister. - Ebenfalls seine zweite Zusatzfrage stellt jetzt der Kollege Jörg Bode, FDP-Fraktion.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Wenzel, vor dem Hintergrund, dass Sie hier gerade ausgeführt haben, dass Sie es bedauern, dass aufgrund der Änderungen bei den Bundesförderprogrammen der Hochwasserschutz in Niedersachsen in den kommenden Haushaltsplanungen mit wesentlich weniger Mitteln ausgestattet sein wird, dass die Landesregierung in ihrem Haushaltsplanentwurf diesen Rückgang nicht durch andere Mittel ausgeglichen hat, Sie aber trotzdem sagen, dass man sich darum bemühen muss, dass diese Situation nicht so eintritt, frage ich die Landesregierung: Wäre es nicht sinnvoll gewesen, anstatt durch die Klimaschutzagentur etc. in Ihrem Hause neue Bürokratie aufzubauen - Sie könnten das ja zumindest um ein Jahr verschieben -, die Mittel, die dafür aufgewendet werden, im kommenden Jahr bereits zur Kompensation des Wegfalls der Deichbaumittel zu verwenden, um so sicherzustellen - solange Sie nicht wissen, ob alle Ihre Initiativen erfolgreich sind -, dass der Hochwasserschutz in Niedersachsen zumindest nicht schlechter gestellt ist als vorher?

Warum schaffen Sie also mehr Bürokratie, anstatt den Ausfall der Mittel für den Hochwasserschutz zu kompensieren?

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege Bode. - Das Wort hat Herr Umweltminister Wenzel.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Abgeordneter Bode, wir sind mitten in den Haushaltsberatungen. Welches Ergebnis erzielt wird, werden wir Mitte Dezember wissen. Ich hoffe, dass bis dahin auch die Entscheidungen, die der Bund in diesem Bereich zu treffen hat, absehbar sind und dass wir wissen, wie viele Fördermittel aus dem ELER kommen. Wir haben aber deutlich mehr angemeldet, als es in der Vergangenheit der Fall war. Jetzt muss es gelingen, die anderen davon zu überzeugen. Das können Vertreter aller Fraktionen, die auch hier im Landtag vertreten sind, unterstützen. Im Bundestag kann die FDP das ja jetzt nicht mehr unterstützen. Aber wenn Sie das in den Ländern, in denen Sie noch vertreten sind, mit unterstützen würden, würde mich das sehr freuen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen zu Nachfragen liegen nicht vor. Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Die Antworten der Landesregierung zu den Anfragen, die heute nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden, wie Sie wissen, nach § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben.*

Meine Damen und Herren, den Tagesordnungspunkt 27 haben wir bereits gestern abgehandelt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Wenn es bei Ihnen jetzt zu räumlichen Veränderungen kommen sollte, dann machen Sie das bitte möglichst geräuschlos! Denn wir behandeln jetzt einen Tagesordnungspunkt, der auch die Aufmerksamkeit des Plenums verdient hat.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 28:
Erste Beratung:

* Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 43, die nicht in der 21. Sitzung des Landtages am 01.11.2013 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/881 abgedruckt)

Weiterentwicklung der Gesundheitsregionen für eine wohnortnahe, leistungsfähige und sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/828

Zur Einbringung des Antrags erteile ich dem Kollegen Uwe Schwarz, SPD-Fraktion, das Wort.

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ziel einer fortschrittlichen Gesundheitspolitik muss eine leistungsfähige, sichere und flächendeckende medizinische Versorgung sein. Grundlage dafür ist und bleibt für uns die paritätisch finanzierte gesetzliche Krankenversicherung. Gesundheitsvorsorge für alle ist ein Kernbereich der allgemeinen Daseinsvorsorge und ein Kernversprechen unseres Sozialstaates. Das schließt deren Erreichbarkeit für nicht individuell mobile Menschen ausdrücklich mit ein. Fast 400 Milliarden Euro werden jährlich in Deutschland in die Gesundheitsversorgung investiert, davon rund die Hälfte aus der gesetzlichen Krankenversicherung.

Trotzdem, meine Damen und Herren, nehmen in Deutschland die Probleme in der medizinischen und pflegerischen Versorgung vor allem im ländlichen Bereich zu. Die Gründe dafür sind teilweise seit Jahrzehnten bekannt:

In einigen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme gibt es eine deutliche bis dramatische Unterfinanzierung. Dies gilt insbesondere in der Pflegeversicherung, aber auch bei den Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen. Die unzeitgemäße künstliche Trennung zwischen medizinischer ambulanter und stationärer sowie pflegerischer Versorgung hat sich lange überlebt. Dieses Nebeneinander führt zu Über-, Unter- und Fehlversorgungen.

Es gibt darüber hinaus einen historischen Höchststand bei der Zahl der niedergelassenen Ärzte. Das gilt auch für Niedersachsen mit zurzeit rund 10 760 niedergelassenen Ärzten. Das sind erneut 300 Ärzte mehr als noch vor fünf Jahren.

(Norbert Böhlke [CDU]: Wo sitzen die denn?)

Allerdings - sehr richtig, Norbert Böhlke - sitzen sie nicht in den ländlichen Bereichen, wo wir sie benötigen. Das früher ausgewogene Verhältnis zwischen ländlichen und städtischen Gebieten hat sich verschoben. Der 24-Stunden-Job des Landarztes ist nicht mehr besonders attraktiv.

Es gibt ferner eine deutliche Verschiebung in der Gewichtung zwischen Fach- und Hausärzten. So ist die Zahl der Fachärzte um 520 gestiegen, während gleichzeitig die Zahl der Hausärzte um 220 gesunken ist. In einigen ländlichen Bereichen gelingt es nicht mehr, Nachfolgerinnen und Nachfolger für Hausarztpraxen zu finden. Auch die Gründe dafür sind vielfältig: Es droht teilweise Überalterung, es besteht eine Scheu vor dem Risiko der Selbstständigkeit, und über 60 % der Medizinstudierenden sind Frauen. Hier spielt natürlich die Vereinbarkeit bzw. in vielen Fällen noch vorhandene Unvereinbarkeit von Familie und Beruf eine gewichtige Rolle.

Der gesetzliche Sicherstellungsauftrag für eine lückenlose Versorgung im ambulanten Bereich liegt bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Er liegt nicht bei den Ländern.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

Wenn die Kassenärztliche Vereinigung diesen Auftrag nicht mehr erfüllen kann, dann ist der Bundesgesetzgeber gefordert, die Zuständigkeiten neu zu regeln. Der Sicherstellungsauftrag für die Krankenhausversorgung hingegen liegt bei den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Meine Damen und Herren, alleine diese unzeitgemäße Zerteilung des Sicherstellungsauftrags verursacht erhebliche Schnittstellenprobleme zwischen den Akteuren. Die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen - allerdings nicht nur in Niedersachsen - wandelt sich radikal. Auch dafür gibt es Gründe. Medizinischer und technischer Fortschritt haben die Verweildauer in den Kliniken deutlich gesenkt. Viele Eingriffe, die früher lange Krankenhausaufenthalte vonnöten machten, werden heute ambulant vorgenommen. Die Krankenhausfinanzierung wurde auf ein Fallpauschalensystem umgestellt. Zahlreiche vor allem kleinere Krankenhäuser im Land arbeiten unter schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen. Mehr als zwei Drittel von ihnen sind zwischenzeitlich von Insolvenz bedroht.

Auch die Folgen und Konsequenzen daraus sind schon lange bekannt und erkennbar: ein starker Trend zu spezialisierten größeren Häusern und ein noch stärkerer Trend zur Privatisierung. Auch hier, meine Damen und Herren, liegt die Zuständigkeit beim Bundesgesetzgeber.

Aufgrund der zersplitterten Zuständigkeiten und nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Interessen arbeiten die Akteure im Gesundheitswesen nicht so

zusammen, wie es im Interesse der Patientinnen und Patienten sein könnte und auch sein müsste. Bisher waren Akteure in der Regel nur dann zur Zusammenarbeit bereit, wenn sie sich daraus wirtschaftliche Vorteile versprochen und wenn es ihnen selber wirtschaftlich nicht so gut ging.

Dieser Sachverhalt ist einer der größten Kostentreiber im Gesundheitswesen - nicht die demografische Entwicklung. Unabhängig davon muss klar sein, dass angesichts der demografischen Entwicklung der Bedarf an medizinischen und pflegerischen Leistungen auch in den nächsten Jahren stark steigen wird. Der Wandel im Aufbau der Bevölkerung, die strukturellen Veränderungen im ambulanten und stationären Sektor sowie wachsende regionale Unterschiede verlangen künftig neue Wege in der Gesundheitsvorsorge. Wir brauchen dringend eine sektorenübergreifende Verzahnung von ambulanten, stationären und pflegerischen Angeboten, und zwar nicht in erster Linie aus Kostengründen, sondern insbesondere zur Sicherung der medizinischen Versorgung vor allem in ländlichen Bereichen.

Um diese Herausforderung, meine Damen und Herren, wird sich eine neue Bundesregierung - wie immer sie sich zukünftig gestaltet - nicht weiter herumdrücken können.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In unserer Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen hier in Niedersachsen haben wir festgelegt, dass die Erprobung unterschiedlichster Formen der Zusammenarbeit und Kooperation durch den Auf- und Ausbau von Gesundheitsregionen unterstützt werden soll. Die ersten drei Modellregionen Emsland, Heidekreis und Wolfenbüttel haben ihre Ergebnisse am 18. September vorgelegt. Diese Ergebnisse waren aufgrund der bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen zwar nicht euphorisch, aber sie waren vielversprechend.

Für uns geht es zunächst beispielhaft um den Aus- und Aufbau weiterer Modelle, die später hoffentlich flächendeckend genutzt werden können. Der regionalen Kreativität sind dabei zunächst bei den Vorschlägen keine Grenzen gesetzt, z. B. Kooperationen von Krankenhäusern mit niedergelassenen Ärzten, Ausweitung der Verlagerung nichtärztlicher Tätigkeiten auf nichtärztliches Pflegepersonal - und zwar einschließlich ambulanter Pflegedienste; das betone ich ausdrücklich -, Vernetzung von ambulanten und ärztlichen Bereitschaftsdiensten und den Rettungsdiensten der Städte und Ge-

meinden, Reha- und Pflegemodelle zur Verhinderung von Heimaufenthalten, neue Möglichkeiten der Telemedizin usw.

Im Vordergrund muss eine wohnortnahe, leistungsfähige und vor allem sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung in Niedersachsen stehen. Dafür hat Rot-Grün im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 600 000 Euro zur Verfügung gestellt. Weitere 400 000 Euro werden zur zusätzlichen Förderung von Hausarztpraxen auf dem Land zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wollen wir mit dem Antrag dem Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern folgen, eine versorgungsepidemiologische Analyse für Niedersachsen zu erstellen. Was heißt das? - In Mecklenburg-Vorpommern hat die Universität Greifswald ein Kataster aller niedergelassenen Haus- und Fachärzte erstellt und unter Einbezug des Alters der Ärzte die Versorgungssituation im Land analysiert und prognostiziert. Die vorhandenen Krankenhäuser wurden ebenfalls darin einbezogen. Gleichzeitig wurde das medizinische Versorgungsnetz mit dem vorhandenen ÖPNV-Netz abgeglichen. Das war insbesondere unter dem Aspekt einer sich im Alter verschlechternden Mobilität sehr aufschlussreich. Im Ergebnis brauchte ein erschreckend hoher Prozentsatz von Bürgerinnen und Bürgern mit dem ÖPNV viele Stunden, um den nächsten Arzt zu erreichen, oder schaffte es innerhalb von 24 Stunden überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, vergleichbare Untersuchungen liegen in Niedersachsen nicht vor. Sie sind aber eine wichtige Grundlage, um die zentralen Fragen der Daseinsvorsorge wissenschaftlich belegt auch weiterentwickeln und aufbauen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Gesundheitsregionen - das betone ich ausdrücklich - sind kein Allheilmittel. Sie sind aber ein geeignetes Instrument, um die Akteure im Gesundheitswesen, die häufig auch in Konkurrenz stehen, erstmalig vor Ort überhaupt an einen Tisch zu bringen, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Region auszuloten. Der Landtag hat im Jahr 2010 die ersten Modellprojekte einmütig unterstützt. Es wäre schön, wenn wir gemeinsam auf diesem Weg vorangehen können. Ich hoffe auf eine konstruktive Ausschussberatung und auf gute Ergebnisse.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Schwarz. - Im Rahmen der Beratung hat jetzt für die CDU-Fraktion der Kollege Norbert Böhlke das Wort.

Norbert Böhlke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heute von der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte Antrag trägt die etwas sperrige Überschrift „Weiterentwicklung der Gesundheitsregionen für eine wohnortnahe, leistungsfähige und sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung in Niedersachsen“. Dieser Antrag, der sich mit einer Weiterentwicklung befasst, muss natürlich auch auf einer Entwicklung, auf einem Fundament basieren. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass dieser Antrag auf Vorgängeranträgen der Fraktionen der CDU und der FDP im Niedersächsischen Landtag aufbaut, die sich in der letzten Wahlperiode sehr ausführlich mit dem Thema neuer Wege zur Sicherung der medizinischen Versorgung in der Fläche oder auch mit dem Thema der ärztlichen Versorgung auf dem Lande, die es auch in Zukunft sicherzustellen gilt, befassten. Diese Anträge wurden mit breiter Mehrheit hier im Parlament beschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Bei Lektüre des aktuellen Antrags wird sehr schnell deutlich, dass dieser wortreiche Antrag von Rot-Grün im Kern die Fortführung des von der CDU-geführten Landesregierung initiierten Modellprojekts „Zukunftsregionen Gesundheit“, im Jahre 2010 gestartet, darstellt. Mit dem auf drei Jahre angelegten Modellprojekt in den drei Landkreisen Emsland, Wolfenbüttel und Heidekreis wurde erprobt, wie die herkömmlichen Leistungsgrenzen zwischen niedergelassenen Ärzten, den Krankenhäusern und anderen Gesundheitsberufen überwunden werden können. Dadurch sollte ein großer Gestaltungsraum bei der medizinischen Versorgung in der Fläche geschaffen werden und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der bereits von dem Kollegen Schwarz skizzierten Problemstellungen auch künftig gesichert werden.

Positive Zwischenergebnisse, die zum Ende bestätigt wurden, wie beispielsweise die Rolle der Arztpraxis im Landkreis Wolfenbüttel oder die beispielhafte Koordinierung der Vorgehensweise der medizinischen Versorgung im Emsland in den Alten- und Pflegeheimen, aber auch die Verwirklichung

eines Bürgerbusses in der Stadt Walsrode beweisen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sind die in dem Antrag formulierten weiterzuentwickelnden Themen wie beispielsweise sektorenübergreifende Verzahnungen und Kooperationen ebenso zu begrüßen wie die Fortentwicklung des Mobilitätskonzepts. Dies gilt auch für die Ausweitung der Verlagerung nichtärztlicher Tätigkeiten mit nichtärztlichem Fachpersonal. Das ist allerdings keine neue Idee, sondern in Mecklenburg-Vorpommern schon sehr lange auf den Weg gebracht. Aber ich erinnere auch an das Delegationsmodell hier in Niedersachsen, das sogenannte MoNi.

Auch wenn das Modellprojekt „Zukunftsregionen Gesundheit“ noch nicht evaluiert ist, ist für uns unstrittig, dass die bislang zu verzeichnenden Erfahrungen aufzeigen, dass dieses Projekt mit seinen Zielen fortgeführt werden muss und auch gerne auf weitere Regionen ausgedehnt werden kann.

Wichtig ist für die CDU-Fraktion allerdings, dass bei der Evaluation dieses Pilotprojekts die Landkreise nicht alleingelassen werden dürfen. Hier gilt es, dass das Land im Jahre 2014 nach unserer Auffassung finanziell mit in der Pflicht steht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum muss unser aller Anliegen sein. Wir dürfen nicht nachlassen, in diesem Sinne die entsprechenden medizinischen Voraussetzungen im Rahmen der Möglichkeiten der Landespolitik zu schaffen. Dort, wo wir Möglichkeiten haben zu unterstützen, sollten wir sie auch wahrnehmen. Die wohnortnahe medizinische Versorgung zu sichern gehört auch künftig zu den elementaren Themen der Daseinsvorsorge unseres Sozialstaats. Daran werden wir auch weiterhin festhalten. Es ist erfreulich, festzustellen, dass das für alle Fraktionen im Landtag gilt.

(Beifall bei der CDU)

Der vorliegende Antrag von Rot-Grün hat im Grundsatz unsere Zielrichtung aufgenommen. Vor diesem Hintergrund bin ich mir sicher, dass wir im Fachausschuss eine gute und konstruktive Beratung erleben werden.

An dieser Stelle zum Abschluss aber auch noch ein Wort der Kritik. Bedauerlich ist in unseren Augen, dass die Finanzierung durch die Zurverfü-

gungstellung von 600 000 Euro in den jeweiligen Haushaltstiteln im Jahre 2014 auch einen Nachteil hat. Denn die erfolgreich erprobten Niederlassungsförderungen für Landärzte, die im letzten Jahr 2013 bisher mit 1 Million Euro vom Land unterstützt wurden, sind auf 400 000 Euro gekürzt worden, also um die besagten 600 000 Euro reduziert worden, die für dieses Modell jetzt zur Verfügung gestellt werden sollen. Das, meine Damen und Herren, können wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU)

Denn nicht nur das Modellprojekt „Zukunftsregionen Gesundheit“ war ein Erfolgsmodell. Auch die Ergebnisse der Niederlassungsförderung der Landärzte in den Bereichen, wo örtliche medizinische Anlaufstellen dringend notwendig sind, zeigen, dass sich diese Förderung bewährt hat. Deshalb möchten wir sicherstellen, dass dieses Standbein für die Zukunft nicht geschwächt wird.

(Beifall bei der CDU)

Diese Kritik, meine sehr verehrten Damen und Herren, teilt im Übrigen auch der Städte- und Gemeindebund. In seinem letzten Rundbrief hat er zum Thema Landärzte formuliert, dass sich die Fördermittel für die Niederlassung von Ärzten in medizinisch unterversorgten Regionen Niedersachsens bestens bewährt haben. Er weist darauf hin, dass das, was heute hier diskutiert wird, durchaus richtig ist und auch weiter vorangebracht werden soll. Er, der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund, also der Vertreter der Kommunen in unserem großen Bundesland, macht aber auch genauso deutlich und hebt hervor, dass es in den Gesundheitsregionen kein Ersatz ist, wenn es darum geht, dass der letzte Hausarzt in einem Ort seine Praxis schließt und keine Nachfolge in Sicht ist. Das ist eine große Herausforderung, der wir uns als Landtag stellen müssen. In diesem Sinne muss auch die weitere Beratung im Sozial- und Gesundheitsausschuss vorangehen.

Wir setzen auf die Kraft der Argumente und erwarten eine fruchtbare Beratung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
und Zustimmung von Helge Limburg
[GRÜNE])

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Böhlke. Auf Ihre Rede hin hat sich der Kollege Schwarz, SPD-Fraktion,

dem ich hiermit das Wort erteile, zu einer Kurzintervention gemeldet.

(Norbert Böhlke [CDU]: Es geht nicht ohne, oder?)

Uwe Schwarz (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Vielen Dank, Herr Böhlke, für die Ausführungen, die im Wesentlichen deutlich machen, dass wir da an der gleichen Linie arbeiten. Sie haben aber bewusst eine Sollbruchstelle eingebaut, damit ich mich noch einmal melden darf.

(Norbert Böhlke [CDU]: Nein, nein!)

Ich möchte nur verhindern, dass hier eine Legende aufkommt. Die 1 Million Euro, die von der alten Landesregierung zur Förderung der hausärztlichen Versorgung vorgesehen worden war, ist, wie Sie wissen, auch von der damaligen Opposition mitgetragen worden. Sie haben sie leider nicht ausfinanziert, sondern Sie haben sie für genau zwei Jahre in den Haushalt eingesetzt. Wenn man das hätte weiterführen wollen und nicht nur als Wahlkampfschlager verstanden hätte, dann hätte man das in der MiPla weiter abgebildet. Das haben Sie nicht getan. Deshalb sage ich Ihnen das Gleiche, was ich schon im Ausschuss gesagt hätte.

(Ulf Thiele [CDU]: Aber Herr Schwarz, Sie wissen doch, dass die MiPla kein Haushalt ist!)

Richtig wäre es eigentlich gewesen, wenn Sie sich hier hingestellt hätten und gesagt hätten: Ich finde es toll, dass die neue Landesregierung das fortführt, und ich finde es toll, dass sie sogar 1 Million Euro einsetzt, was wir nie vorgesehen haben, und dass die neue Landesregierung Ernst damit macht. Wir meinen es jetzt auch ernst und hängen uns da wieder dran. - Das wäre konsequent gewesen, Herr Böhlke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Schwarz. - Herr Kollege Böhlke macht von seinem Recht auf Antwort Gebrauch. Sie haben das Wort.

Norbert Böhlke (CDU):

Verehrter Herr Kollege Schwarz, natürlich geht es immer darum, wer zwischen uns beiden das letzte Wort hat. Es scheint heute für mich zu laufen.

(Johanne Modder [SPD]: Abwarten, abwarten! - Uwe Schwarz [SPD]: Da bin ich mir nicht sicher!)

Hier geht es darum, dass in der Tat in den letzten zwei Jahren jeweils 1 Million Euro für ein Pilotprojekt zur Verfügung gestellt worden ist, aus Toto- und Lotto-Mitteln im Übrigen. Man kann doch nicht erwarten, dass für Pilotprojekte eine langfristige Finanzierung stattfindet, sondern man muss doch erst einmal sehen: Ist dieses Pilotprojekt tatsächlich gut aufgestellt? Sind die Mittel langfristig notwendig oder nicht? - Aber diesen Vorbehalt müssen wir doch machen, indem wir sagen, dass das, was im Haushalt steht - und nur das, was im Haushalt steht -, Rechtsgrundlage ist und die Erwartung widerspiegelt. Mittelfristige Finanzplanung bedeutet mehr oder weniger, dass man eine Absichtserklärung abgibt. Die wollten wir auch gerne wahrnehmen. Allerdings hätten wir erst einmal abgewartet, wie die Ergebnisse sind.

(Uwe Schwarz [SPD]: Stimmt!)

Das haben wir mittlerweile erfahren. Unsere Tendenz ist klar und deutlich. Von daher ist es keine Legendenbildung, sondern ganz einfach eine politische Forderung: Spart nicht an falscher Stelle! Setzt keine falschen Signale, sondern lasst uns gemeinsam auch in dieser Frage erfolgreich sein! - Denn vergessen Sie bitte nicht: Es ist eine ganze Reihe von Anträgen erfolgreich abgearbeitet worden in Bereichen, wo ärztliche Hilfe auf Dauer dringend notwendig ist. Die haben wir mithilfe der Kassenärztlichen Vereinigung auf den Weg gebracht. Das ist gut so. Das kommt bei den Bürgern vor Ort auch sehr gut an.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege Böhlke. - Wir setzen die Beratung fort mit der Rede des Kollegen Thomas Schremmer, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben das Wort.

Thomas Schremmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann sind wir uns ja einig, lieber Kollege Böhlke, dass es richtig ist, weitere 400 000 Euro für die Ansiedlungsprojekte und 600 000 Euro für die Gesundheitsregionen neu in den Haushalt einzustellen.

Aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen gibt es im Gesundheitsbereich fünf zentrale Entwicklungs-

baustellen. Die sind zum Teil auch schon genannt worden. Das ist zum einen die sichere hausärztliche Versorgung im gesamten Land Niedersachsen und aus meiner Sicht auch die Frage des Umgangs mit Mobilitätsbeschränkungen von Patienten, ob sie persönlich oder strukturell sind.

Dann muss man sich anschauen, wie die Disparitäten zwischen Fläche und Städten sind. Es geht also um die Frage: Wo siedeln sich eigentlich Ärztinnen und Ärzte an? - Zwei zentrale Punkte aus meiner und aus unserer Sicht sind der zukünftige Pflegenotstand - es wird nach ersten Schätzungen davon ausgegangen, dass im Jahre 2030 50 000 Vollzeitstellen fehlen werden - und die für mich besonders Besorgnis erregende Entwicklung der fortschreitenden Ökonomisierung im Krankenhausbereich, weil sich größere Klinikkonzerne in der Regel nicht um Versorgungsdichte, sondern um Gewinne kümmern. Insofern ist es richtig, dass wir diesen Antrag vorstellen und das Denken in Gesundheitsregionen mit sektorenübergreifender integrierter Versorgung in den Vordergrund stellen.

Ich will ausdrücklich loben, dass die alte Landesregierung im Jahre 2010 ihren Kurs geändert hat und dann Frau Özkan quasi mit demselben sperrigen Wortlaut dieses Projekt vorgestellt hat. Wir haben Haushaltsmittel eingestellt. Sie hatten sie nicht in der MiPla. Jetzt haben wir sie aber wieder drin, zumindest für diesen Bereich.

(Ulf Thiele [CDU]: Wir erklären Ihnen noch einmal, was MiPla ist!)

Insofern wäre ich sehr froh, wenn Herr Hilbers bei seinen Haushalts-Pressemitteilungen nicht immer diese Geschichten vortragen würde.

Ich meine, Krankenversorgung ist unverzichtbar. Aus meiner Sicht müssen wir uns aber auch um die Frage kümmern, was wir zumindest im Hinblick auf vermeidbare Erkrankungen tun können, was wir also dafür tun können, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Dabei geht es aus meiner Sicht um die Frage: Diskutieren wir auch Gesundheitsziele? Wie kommen wir vom reinen Versorgungsdenken weg? - Ich erhoffe mir von den Gesundheitsregionen, wenn sie denn einmal anlaufen, einen Dialog, Anregungen und Projektideen. Konferenzen alleine reichen nicht. Es muss dann auch in Handeln umgesetzt werden. Ich meine, dass mit diesem Antrag ein guter Aufschlag gemacht wird. Von 600 000 Euro kann man sicherlich nicht alles bezahlen. Aber wir werden ja in dem Bereich auch weiter Projekte fördern.

Es gibt ein praktisches Beispiel aus dem schönen Baden-Württemberg, jetzt grün-rot regiert, das ich nennen will. Das Beispiel hat sich aber überraschenderweise unter der Landesregierung von Günter Oettinger entwickelt. Das Projekt heißt: „Gesundes Kinzigtal“. Dort ist aus einem integrierten Ärztenetz - das zeigt, dass Ärztinnen und Ärzte nicht nur auf Heller und Pfennig gucken, sondern auch bereit sind, sich für solche Projekte zu engagieren - ein Projekt entstanden, das inzwischen nichtärztliche Heil- und Hilfeberufe einbezogen hat. Dort hat es stringente Qualitäts- und Behandlungsleitfäden für chronisch Kranke gegeben. Es hat verbindliche Kooperationsstrukturen gegeben, und es ist - das ist bereits evaluiert worden - zu einer Absenkung von Behandlungskosten und damit auch der Krankenkassenkosten gekommen.

An dem Projekt haben sich 30 000 Versicherte beteiligt. Zwei Krankenkassen sind beteiligt gewesen. Noch viel wichtiger ist - das lässt sich jetzt aus der Evaluation konstatieren -, dass sich der Erfolg auch in einem niedrigeren Krankenstand niederschlägt und - bei Kranken- und Gesundheitsversorgung ist ja immer die Mortalität ein wesentlicher Punkt - zwar nicht repräsentativ, aber signifikant die Mortalität in dem Bereich der integrierten Versorgung um die Hälfte gesunken ist. Insofern sind das Erfolgsprojekte. Bei allem, was wir hier vorstellen - Vernetzung, Kooperation und Qualitätsentwicklung -, muss man am Ende sagen, dass - das ist die entscheidende Konsequenz und auch für Bündnis 90/Die Grünen die entscheidende Konsequenz - am Ende immer die Patientin und der Patient profitieren, die in diesem Fall zu aktiver Mitbeteiligung und Selbstmanagement motiviert werden.

Insofern ist das ein hervorragender Antrag im Anschluss an das, was wir schon machen. Wir werden uns mit dem Problem der flächendeckenden vernünftigen Gesundheitsversorgung hier in Niedersachsen ja noch die nächsten 5 bis 10 oder 20 Jahre beschäftigen müssen. Insofern bin ich guten Mutes, dass wir auch im Ausschuss parteiübergreifend zu einer guten Lösung kommen, und freue mich auf die Beratung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege Schremmer. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt das Wort der Kollege Björn Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum ist ein Anliegen, das alle Fraktionen hier im Haus eint, aber uns auch alle gleichsam vor eine große Herausforderung stellt. Trotz des Versorgungsstrukturgesetzes, trotz des Modellprojekts der Gesundheitsregionen und trotz des hausärztlichen Delegationsmodells MoNi muss man feststellen: Die eine Patentlösung gibt es nicht; den einen großen Wurf für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum gibt es nicht.

Das haben auch die Gesundheitsregionen gezeigt, die auf ganz unterschiedliche Art und Weise agiert haben und ganz unterschiedliche Konzepte und Lösungen erarbeitet haben. Beispielsweise hat man bei mir vor Ort im Landkreis Wolfenbüttel das Projekt der rollenden Arztpraxis entwickelt, sodass man nicht die in Ihrem Antrag als Beispiel genannte Frage klären muss, wie die Patienten zum Arzt kommen können, sondern das Ganze andersherum gelöst hat und geregelt hat, wie der Arzt möglicherweise zum Patienten kommt. Das zeigt, dass genau diese individuellen Lösungen vor Ort von uns unterstützt werden müssen, damit wir jedem einzelnen ländlichen Raum in Niedersachsen auch gerecht werden.

Wichtig ist, dass die gefundenen Lösungen dann auch tatsächlich breit unterstützt werden. Denn die rollende Arztpraxis im Landkreis Wolfenbüttel bringt nicht viel, wenn dort nicht alle Patienten behandelt werden können, weil zwar der Arzt kommt, aber die Kasse sagt: Nein, da kannst du dich nicht behandeln lassen. - Dieses Problem müssen wir bei der Weiterentwicklung der Gesundheitsregionen lösen. Deswegen muss es auch unsere gemeinschaftliche Aufgabe sein, alle Träger der Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitsversorgung mit ins Boot zu holen. Über die AOK hinaus müssen sich auch noch andere Kassen an diesem Projekt beteiligen und Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich hoffe natürlich, dass dieses Übernehmen von Verantwortung sich auch darin äußern wird, entsprechende Mittel bereitzustellen. Ich hoffe auch, dass die Regierungskoalition diesem Antrag möglicherweise noch weitere Mittel in den Haushaltsberatungen folgen lassen wird; denn die vielfältigen Projekte, die in diesem Antrag enthalten sind, kön-

nen sicherlich nicht ohne Weiteres mit lediglich 600 000 Euro finanziert werden.

Letztendlich bildet dieser Antrag - das muss man ihm zugestehen - eine gute Grundlage, um hier im Landtag dafür zu sorgen, dass wir vor Ort individuelle Lösungen finden und dann auch unterstützen können. Das ist eine große Aufgabe. Wir im Landtag sollten unsere Kraft in diesem Punkt nicht auf die politische Auseinandersetzung verwenden, sondern sie dafür aufbringen, gemeinsam Lösungen zu finden. Die FDP wird sich konstruktiv an diesem Verfahren beteiligen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Rundt, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, das Wort.

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde gerne auf zwei Themenbereiche noch einmal eingehen, und zwar erstens auf das Thema Landärzte. Ich freue mich, dass Herr Böhlke mir heute wieder eine wunderbare Steilvorlage gibt.

(Norbert Böhlke [CDU]: Nein!)

Das Thema Landärzte - da muss ich leider den Abgeordneten Schwarz bestätigen -

(Norbert Böhlke [CDU]: Überraschung!)

ist von der vorherigen Landesregierung so gehandhabt worden, dass man zwar in zwei Jahren 1 Million Euro eingesetzt hat, aber ab 2014 ausdrücklich nicht mehr.

(Norbert Böhlke [CDU]: Lassen Sie doch diese Legendenbildung sein! - Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

Dies hat man mit dem begründet, was dahinterliegt, nämlich einer sehr klaren Zuordnung des Sicherstellungsauftrages der Kassenärztlichen Vereinigung. Wir wissen also, dass die vorherige Landesregierung keinen Cent mehr für dieses Thema in die Hand genommen hätte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Norbert Böhlke [CDU]: Das ist falsch! Dieses Wissen können Sie gar nicht haben! Reine Legendenbildung! - Ulf Thiele [CDU]: Richtig ärgerlich!)

Dazu gehört auch folgender Teil: Offensichtlich gelingt es der neuen Landesregierung besser als der alten, die dort auch gesetzlich zuständigen Akteure mit ins Boot zu bekommen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Was sagt denn der Städte- und Gemeindebund?)

Gerade heute Morgen noch haben wir mit der Kassenärztlichen Vereinigung über das Thema des Landärztemangels gesprochen. In diesem Gespräch ging es u. a. um die Möglichkeit einer Fondslösung, die uns zukünftig deutlich mehr als 1 Million Euro im Jahr einbringen könnte - wenn es denn so funktioniert, wie wir uns das hoffentlich alle wünschen.

Nun komme ich zu dem zweiten Themenkomplex, dem Thema Gesundheitsregionen. Es ist sicherlich so, dass die vorherige Landesregierung diese Modellkommunen auf den Weg gebracht hat. Da sind auch Konzepte entwickelt worden, die durchaus sehr vernünftig sind. Aber auch hier will ich mit einer Legendenbildung aufräumen. Die vorherige Landesregierung hat zwar 100 000 Euro zur Verfügung gestellt. Es waren aber erstens nur 100 000 Euro und nicht 600 000 Euro, wie wir es nun tun wollen. Zweitens sind diese 100 000 Euro zu 100 % der Landesvereinigung Gesundheit zugutegekommen. Die Modellkommunen selber haben also keinen Cent von diesem Geld gesehen.

Genau das wollen wir zukünftig anders machen. Uns geht es neben den inhaltlichen Dingen, die heute schon mehrfach erwähnt worden sind, auch darum, den Kommunen mit diesen Mitteln selber den Aufbau von Strukturen zu ermöglichen, damit sie zukünftig die Steuerung ausdrücklich selber in die Hand nehmen können.

Das Konzept, das wir hierzu erarbeitet haben, werden wir den Kommunen am 7. November 2013 vorstellen. Anschließend werden wir die Anregungen der Kommunen noch einmal in unsere endgültigen konzeptionellen Überlegungen einfließen lassen.

Wenn es denn so kommt, wie wir uns das wünschen, wenn wir uns dort also mit den Kommunen einig werden, werden wir demnächst die Struktu-

ren der Kommunen finanzieren, damit die entsprechende Kooperation vor Ort koordiniert aufgebaut werden kann. Bei der Koordination aller agierenden Versorger - der niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen, der Krankenhäuser und der Pflegeeinrichtungen - geht es darum, sie alle an einen Tisch zu bekommen und Schnittmengen herauszuarbeiten. Dabei werden die Kommunen die zentrale Rolle überhaupt haben. Wir werden die Kommunen bei dieser Aufgabe auch finanziell unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Damit können wir die erste Beratung zu diesem Antrag abschließen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration mit der Beratung zu beauftragen. Wer dem so zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist mit ausreichender Mehrheit beschlossen. Vielen Dank.

Dann kommen wir zum für heute letzten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 29:

Erste Beratung:

Das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen in seiner erfolgreichen Struktur erhalten - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/824

Zur Einbringung erteile ich dem Kollegen Frank Oesterhelweg von der CDU-Fraktion das Wort.

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen in seiner erfolgreichen Struktur erhalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das neue, nun von Ihnen auf den Weg - auf welchen auch immer - gebrachte Amt ist eine Konstruktion, mit der viele hier im Lande, auch viele der Beschäftigten, nichts anfangen können.

Das fängt schon mit der Frage an: Wie soll das Kind denn nun heißen? - Am 16. Oktober 2013 sagt Staatssekretär Dr. Mielke: „Amt für Regionalmanagement“. Nach neuesten Wasserstandsmeldungen reden wir von „Ämtern für regionale Landesentwicklung“.

Wie auch immer! Das ist eigentlich vollkommen egal. Der Name des Kindes ist relativ unwichtig - das sage ich auch angesichts der doch etwas großen Zurückhaltung am vorgestrigen Tage in Ihren Reihen - vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wohl keiner die Vaterschaft für dieses Kind hier in Wirklichkeit übernehmen will. Das ist auch kein Wunder, wie ich feststellen muss, wenn ich in Ihre Reihen gucke. Wenn man nicht dabei war, dann ist es mit der Vaterschaft auch ein bisschen schwierig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Tatsächlich waren Sie ja nicht so richtig dabei. Ich darf noch einmal - das tue ich ausgesprochen gerne - den Kollegen Tonne zitieren: „Es ist aber schwierig, zu sagen, wohin die Reise geht.“ Auch am 26. Oktober 2013 noch! Das heißt: Was hier gelaufen ist, ist zu einem großen Teil über Ihre Köpfe hinweg gelaufen. Heute hat Ihr Ministerpräsident Sie dann ein bisschen einfangen dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Fahrt ins Blaue. Wir fragen uns immer: Wohin geht es eigentlich? - Ich darf mit dem Herrn Ministerpräsidenten von heute Morgen antworten: „Warten wir's ab.“ Wunderbar! Das ist genau das Signal, das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ihnen erwarten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In der Tat scheint nicht ganz klar zu sein, wohin es geht. Ich darf Frau Staatssekretärin Honé vom 24. Oktober bei einer dieser mehr oder weniger interessanten Veranstaltungen zitieren:

„Wenn Sie erwarten, dass es fertige Konzepte gibt, muss ich Sie enttäuschen.“

„Warten wir's ab.“ Und dann vielleicht noch zum Schluss: „Alles wird gut.“ Meine Damen und Herren, so einfach kann man sich das wirklich nicht machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die zweite Frage ist: Wer hat denn eigentlich den Hut auf? - Wir hören von politischen Beamten mit B 6. Das ist nach Herrn Dr. Mielke gar nicht so sehr viel. Er bezeichnet sie als Repräsentanten der

Landesregierung. Jawohl, hochinteressant: Qualifikation wird bei der Auswahl wahrscheinlich nicht so ganz entscheidend sein.

Ich habe vier Gruppen von Leuten lokalisiert, aus deren Kreis die Damen und Herren dann eventuell gewählt werden: Das sind Hauptverwaltungsbeamte, die unzufrieden, erfolglos - aus diesem Kreis kann man sich gut jemanden heraussuchen - oder nach Fusionen übrig sind,

(Lachen bei der CDU)

ehemalige Landtagsabgeordnete, die noch untergebracht werden müssen, und aktuelle Landtagsabgeordnete, die man hier möglicherweise loswerden will. Das ist der Kreis.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist eine Verwirrung, die einen, wenn man im Religionsunterricht ab und zu aufgepasst hat, ein bisschen an den Turmbau zu Babel erinnert: ein großes Sprachwirrwarr, alle reden durcheinander, nichts kommt dabei heraus. Nur einer, der sonst immer redet und immer etwas zu sagen hat, nämlich unser Landwirtschaftsminister, hält sich hier natürlich vornehm zurück - weil er wahrscheinlich nicht weiß, was er dazu sagen soll.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: NVL und VKV gehören zusammen und passen zusammen.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: So ist es!)

Sie arbeiten nicht nur nebeneinander unter einem Dach, sondern sie arbeiten miteinander. Deswegen verstehe ich die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten von heute Morgen wirklich nicht, so nach dem Motto: Die alle haben ja in Wirklichkeit nichts miteinander zu tun. - Doch, sie haben eine Menge miteinander zu tun. Sie arbeiten zusammen für dieses Land, und sie machen das sehr erfolgreich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es zeigt sich, Herr Ministerpräsident - ich will Ihnen gar nicht vorwerfen, dass Sie lange Jahre Oberbürgermeister hier in der schönen Stadt Hannover waren -, dass Sie die Verhältnisse im flachen Land nicht kennen. Es zeigt sich, dass es ein Fehler war, keine Aufgabenkritik vorzunehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hervorragende Synergieeffekte werden wieder zunichte gemacht. Es wird wieder neue Funktionen geben.

Wir haben die EDV in den letzten Jahren gemeinsam auf einen Nenner gebracht. Das wird wieder auseinandergerissen. Wahrscheinlich dauert es zwei Jahre, sagen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bis das alles wieder läuft.

Diverse Beauftragte gibt es dann wieder doppelt und dreifach.

Das alles sind interessante Dinge. Sie blähen Verwaltungen auf. Aber der Arbeitserledigung, meine Damen und Herren, drehen Sie die Luft ab. Es ist schlicht und einfach so.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was passiert mit den Auszubildenden? Wie sieht es mit der Übernahme aus? Wie sieht es mit einer weiteren Ausbildung aus, beispielsweise der Vermessungstechniker und Geomatiker? - Die Antwort des Ministerpräsidenten ist klar: Warten wir es ab. - So kann man mit den Leuten nicht umgehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gibt noch eine Menge offener Fragen: Wie sieht es denn mit dem Gebäudemanagement aus? - Wir haben noch ein Gebäude, das im Augenblick hier in Hannover zu einem großen Teil leer steht und Geld kostet. Jetzt kommt ein weiterer Gebäudestrakt dazu. Da gibt es langfristige Mietverhältnisse. Dies wird in Zukunft ebenfalls Geld kosten. Ein Neubau oder eine Anmietung in Hildesheim, wie auch immer, wird Geld kosten. Auch Neuausrichtung und -einrichtung werden Geld kosten.

Was kostet das eigentlich? - Ich habe nicht den Eindruck, dass Sie sich darüber schon einmal Gedanken gemacht haben. Herr Finanzminister, besorgen Sie sich schon einmal ein paar neue Klingelbeutel; denn die Sache wird teuer. Das kann ich Ihnen versprechen. Was kostet das alles? - Warten wir es ab, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie wollen mit mehr Personal und erheblich höherem Aufwand weniger Geld verteilen. Auch das ist eine interessante Sache. Wir haben bewährte Strukturen, mit denen es ginge, mit der neuen

Förderperiode fertig zu werden. Aber Sie zerschlagen die Strukturen.

(Angelika Jahns [CDU]: Genau so ist es!)

Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass Sie mit ELER-Mitteln machen können, was Sie wollen. Dafür gibt es strenge EU-Vorgaben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass das mit EFRE und ESF so einfach läuft. Die NBank haben Sie in diesem Fall total vergessen. Es sind auch noch andere Häuser da. Aber: „Schauen wir einmal, warten wir's ab“, so der Ministerpräsident.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie zentralisieren wieder. Wer vormals in der Fläche jemanden erreichen konnte, der in wichtigen LGLN-Angelegenheiten Ansprechpartner war, der muss jetzt in eines der vier Zentren fahren, um seine Sachen zu erledigen.

Sie haben die kommunale Ebene überhaupt nicht mitgenommen. Deswegen war die Begeisterung bei Ihrer ominösen Versammlung nicht so groß, wie Sie es darstellen wollen. Es war allenfalls höflicher Beifall, den Ihre Staatssekretärin dort erhalten hat, aber keiner, der von Begeisterung zeugte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie stellen die geplanten Veränderungen als positiv und wichtig für Südniedersachsen dar. Dass ich nicht lache! Wenn Sie von Hannover nach Hildesheim ziehen, meine Damen und Herren, wieso stärken Sie denn dadurch Südniedersachsen? - Südniedersachsen wird von Braunschweig aus betreut - Sie selbst haben es vorhin gesagt -, weil Sie die Grenzen der alten Bezirksregierungen einhalten wollen.

Offensichtlich aber nicht alle. Denn Staatssekretär Mielke sprach in der 20. Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen von Regionen, wie auch immer sie zugeschnitten werden.

Der eine sagt: „Wir nehmen die Grenzen der alten Bezirksregierungen“, der andere sagt: „Na ja, mal sehen, wie wir das zuschneiden.“ - Herr Ministerpräsident, machen wir es so wie immer: Warten wir es ab, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist so ähnlich wie die Frage: Wo ist eigentlich Südniedersachsen? - Es hat bei Ihnen ein Viertel-

jahr gedauert, uns das zu erklären. Also haben wir noch Hoffnung. Vielleicht bekommen wir ein kleines Weihnachtsgeschenk, und Sie sagen uns im Dezember, was nun eigentlich Sache ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lesen in einem Schreiben der Staatskanzlei von Herrn Staatssekretär Mielke vom 29. Oktober:

„Die Personalvertretungen haben so die Möglichkeit, Änderungsvorschläge zu unterbreiten und Einwände geltend zu machen.“

Das ist eine sehr interessante Aussage. Was dürfen die jetzt eigentlich noch sagen? - Natürlich alles. Was bieten Sie an? - So gut wie nichts. - Warten wir es ab. Schauen wir mal.

Abschließend möchte ich sagen - die Kollegen sind auch im Raum -: Ich würde mir von diesen Bilderbuchsozialdemokraten wie den Herren Schminke und Watermann auch einmal deutliche Worte wünschen, wenn es um Arbeitnehmerinteressen geht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich freue mich sehr darüber, dass Sie heute Nachmittag endlich einmal mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sprechen. Wenn Sie wissen wollen, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter denken, dann darf ich aus unserem Antrag zitieren:

„Daher fordern wir die Landesregierung auf, das LGLN in seiner bewährten Struktur mit allen bestehenden Standorten und gewonnenen Synergieeffekten zu erhalten und von der Zerschlagung dieser Struktur Abstand zu nehmen sowie die Beschäftigten nicht zu versetzen.“

Das ist der Text, den wir gemeinsam mit den Personalräten erarbeitet und beschlossen haben. Das ist das, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen.

Damit Sie es genau wissen! Wir machen bei der Zerschlagung des LGLN nicht mit. Sie täten gut daran, auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu hören und die bewährten Strukturen zu erhalten.

Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oesterhelweg. - Das Wort hat jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Meta Janssen-Kucz.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Bewerbungsrede für die Regionalbeauftragte!)

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Oesterhelweg, wenn das Ihre Bewerbungsrede war, dann ist sie vollständig misslungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Auch das Personalkarussell, das Sie, Herr Oesterhelweg, im Kopf haben, ist mehr als rasant. Das liegt wohl an der zu starken Beschleunigung Ihrerseits. Ich habe Ihnen am Mittwoch in der Aktuellen Stunde aufgezeigt, wohin die Reise geht und wie wir die Segel setzen. Heute Vormittag hat der Herr Ministerpräsident im Rahmen der Dringlichen Anfrage noch einmal sehr ausführlich Stellung genommen.

(Björn Thümler [CDU]: Genau! Sie schaffen Bezirksregierungen!)

Wir haben ganz deutlich gemacht, dass wir nachhaltige, zukunftsfähige Strukturen für mehr Chancengerechtigkeit in den Regionen schaffen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Wer ist „wir“?)

Wir dezentralisieren Aufgaben der Landesverwaltung und schaffen damit die notwendigen Synergieeffekte. Ferner beteiligen wir die regionalen Akteure. Das Zerschlagen von Strukturen, wie Sie es uns vorwerfen, sieht anders aus. Ich glaube, in den letzten zehn Jahren sind Sie immer die Profis darin gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir bündeln fachliche Kompetenzen. Wir führen vier Landesoberbehörden zusammen. Der neue Name lautet: Amt für regionale Landesentwicklung. Letztendlich ist der Name aber nicht entscheidend. Entscheidend ist die Aufgabe und wie sie gemeinsam umgesetzt wird.

Meine Damen und Herren, wir haben vier Standorte für das Regionalmanagement zusammengefasst. Das hat einen Sinn. Diese Gebiete sind deckungsgleich mit den EU-Förderregionen in Niedersachsen. Hierzu gibt es klare Vorgaben.

Das heißt aber nicht, dass die vier Förderregionen nicht grenzübergreifend, über diese Förderregionen hinweg, zukünftig gemeinsam regionale Förderprojekte nach vorn bringen können und dürfen. Denn unser Ziel ist weiterhin, dass man ressortübergreifend, aber auch regional übergreifend arbeitet.

In einem Europa der Regionen sollte es selbstverständlich sein, über regionale, aber auch über internationale Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Grenzüberschreitende Arbeit ist doch das A und O, um Zukunftsprojekte zu entwickeln, aber auch um in den Genuss von Fördermitteln zu kommen. Denn sonst könnten wir vieles gar nicht stemmen. Sie wissen, wie kompliziert das Verfahren von ELER, EFRE und ESF auch in Zusammenarbeit mit der NBank ist.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir konzentrieren uns auf die Aufgabe. Wir wollen und benötigen das fachliche Know-how der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, wenn wir diese Aufgabe ernst nehmen wollen. Wir schaffen schlanke regionale Strukturen. Wir bauen Kontroll- und Regelmechanismen ab.

Aber wir bauen keine Stellen ab, wie Sie es, auch in Ihrem Antrag, suggerieren. Dass dabei nicht alles beim Alten bleibt, ist doch selbstverständlich und liegt in der Natur der Sache.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Sagen Sie das den Mitarbeitern!)

Aber wir werden alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des LGNL mitnehmen.

(Christian Dürr [FDP]: Wohin mitnehmen? Das ist die Frage! Die wollen dableiben! Die wollen nicht mitgenommen werden!)

Im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens werden wir weiter entscheiden, und Sie müssen für sich entscheiden, ob Sie diesen Weg mit uns gehen wollen bzw. ob wir neue Aufgaben suchen.

Wir nehmen die berechtigten Interessen der betroffenen Mitarbeiter ernst. Wir werden die Erschwernisse minimieren und unnötige Härten vermeiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem für Schwerbehinderte und Teilzeitkräfte streben wir sozialverträgliche Lösungen an. Wir haben auch extra ein großes Zeitfenster geöffnet, gerade was Hildesheim angeht. Wir haben jetzt 14

Monate Zeit, um im Rahmen des Beteiligungsverfahrens dort gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

Wir vernichten auch keine beruflichen Existenzen. Hören Sie auf mit dieser Wortgewalt! Wir schätzen und wir benötigen die Fachlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landesbehörden für die Zukunft der unterschiedlichen Regionen in Niedersachsen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Ich komme gern zum Schluss.

Wir haben uns viel vorgenommen, und das bringen wir auf den Weg. Sie können sich beteiligen. Hören Sie mit dem Draufhauen auf!

Danke.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen das Wort.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zusammenführung der Kataster- und der Agrarstrukturverwaltung, wie sie von der schwarz-gelben Landesregierung auf den Weg gebracht wurde, kann man nur als Erfolgsmodell bezeichnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Unsere Idee war es, die flächenbezogene Verwaltung zusammenzuführen. Das hat der Kollege Oesterhelweg gerade schon sehr deutlich gesagt.

Dabei bilden sich Synergien ab. Frau Kollegin Modder, das sind eben nicht nur Synergien bei ein paar Vermessern, die vielleicht mal im Rahmen einer Flurbereinigung eingesetzt werden, wie Sie das in der Aktuellen Stunde gesagt haben, sondern, verehrte Frau Kollegin, das sind z. B. Synergien im Bereich der EDV: Sie arbeiten mit dem gleichen Programm und greifen auf die gleichen Daten zu. - Das sind Synergien im Bereich der Ausbildung: Die Katasterleute und die Flurbereiniger bilden gemeinsam aus, haben einen gemeinsamen Ausbildungsstrang geschaffen. - Synergieeffekte entstehen natürlich auch bei den Beauf-

tragten, bei der Personalorganisation in den Querschnittsbereichen.

All das lassen Sie unter den Tisch fallen und gefährden Sie. Sie werden mit dieser Reform nicht dafür sorgen, dass die Landesverwaltung in Niedersachsen besser, günstiger und effektiver wird, sondern dafür, dass sie schlechter und teurer wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

- Vielen Dank für die Zustimmung, Frau Kollegin Tiemann.

(Detlef Tanke [SPD]: Nein, sie hat mir applaudiert!)

Warum wird das erfolgreiche Modell des LGNL jetzt also zerschlagen? - Hintergrund ist die Idee, Landesbeauftragte, Regionalbeauftragte, neu zu installieren, um zusätzliche Posten für verdiente Sozialdemokraten und Grüne zu schaffen. Das ist doch der wahre Hintergrund, Frau Kollegin.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Johanne Modder [SPD]: Hören Sie doch einmal mit dieser Geschichte auf! Es reicht!)

Und weil sie nicht irgendwo im luftleeren Raum schweben können, wird die erfolgreiche Struktur des LGNL auseinandergenommen, und die Kolleginnen und Kollegen, die in der Agrarstrukturverwaltung arbeiten, werden sozusagen als Unterbau an die neuen Regionalbeauftragten angeflanscht. - Das ist doch der wahre Grund, warum Sie das erfolgreiche Modell zerschlagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das schafft - das habe ich gerade schon gesagt - zusätzliche Querschnittsbereiche, die neu mit Personal angefüllt werden müssen. Deswegen wird es weniger effektiv als in der Vergangenheit.

Die Krönung des Ganzen ist die Schnapsidee, doch tatsächlich einen dieser Landesbeauftragten in Hildesheim anzusiedeln.

(Zustimmung bei der CDU)

Der Kollege Oesterhelweg hat es gerade schon gesagt: Die Ursprungsbegründung dafür war, dass man Südniedersachsen stärken wolle und deswegen einen Landesbeauftragten in Hildesheim brauche. Heute hat der Ministerpräsident gesagt: Südniedersachsen ist im Wesentlichen der alte Regierungsbezirk Braunschweig. Deswegen wird das auch von Braunschweig aus gemacht. - Ja, meine Damen und Herren, warum halten Sie dann in

dieser Frage am Standort Hildesheim fest? - Es ist doch großer Quatsch, den Sie da auf den Weg bringen!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Hinzu kommt, dass die Kolleginnen und Kollegen die derzeit in der Agrarstrukturverwaltung in Hannover arbeiten, demnächst nach Hildesheim als ihrem neuen Arbeitsort umziehen müssen. Damit liegt ihr neuer Arbeitsplatz am Rand ihres zu betreuenden Gebietes und deswegen eben nicht näher an den Projekten, sondern weiter weg. Deswegen ist das der falsche Weg.

(Zustimmung von Björn Försterling [FDP] und Beifall bei der CDU)

Zu den Mitarbeitern sagen Sie überhaupt nichts. Heute Morgen wurde gesagt, es seien ja „bloß“ 60 Leute, die umziehen müssten. „Bloß“ 60 Leute? - Das sind aber 14 Teilzeitkräfte, 5 Schwerbehinderte und 6 Auszubildende. 50 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die umziehen müssen, werden unter E 9 bezahlt. Was muten Sie ihnen eigentlich zu? - Lassen Sie dieses Projekt fallen, und behalten Sie die erfolgreiche Struktur des LGLN bei!

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Watermann das Wort.

Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Worüber reden wir? - Wir reden darüber, dass Landesbeamtinnen und -beamte und Angestellte des Landes gute Arbeit leisten - für uns in den Regionen und für die niedersächsische Bevölkerung. Jetzt streiten wir darüber, wie man das organisiert.

Ich darf zunächst einmal feststellen, dass man immer davon ausgehen muss, dass die Beschäftigten die gute Arbeit liefern und selten die Struktur. Wir tun etwas, was Sie erschreckt - das weiß ich, und das kann ich auch nachvollziehen -, weil Sie das einfach nicht gewohnt sind: Wir schreiben etwas in ein Wahlprogramm, wir schreiben etwas in eine Koalitionsvereinbarung, und dann machen wir das auch noch. Das ist für Sie absolut erstaunlich, weil Sie immer das Gegenteil dessen praktiziert haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Christian Dürr [FDP])

Sie sind jetzt in der Opposition, aber Sie haben vorher Verantwortung getragen. Sie suggerieren im Moment etwas, was zumindest die Beschäftigten arg wundern wird. Sie machen sich hier zur Vertreterin und zum Vertreter der Beschäftigten.

Ich kann Ihnen sagen: In der neuen Funktion, die ich jetzt ausübe, bin ich viel unterwegs gewesen, u. a. in Polizeidienststellen, und habe viel mit Personalräten gesprochen. Sie haben deutlich aufgezeigt, wie Sie es in der Vergangenheit gehandhabt haben. Sie haben nämlich mit ganzen Teilen von Gewerkschaften nicht gesprochen. Sie haben auch mit Beschäftigten nicht gesprochen. Sie haben Bezirksregierungen zerschlagen, ohne mit denen gesprochen zu haben.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Woher wissen Sie das denn, Herr Kollege? Das ist die Unwahrheit! - Zuruf von der CDU: Das ist falsch!)

- Sie sagen, dass das falsch ist. Aber im Gegensatz zu Ihnen reden wir mit den Beschäftigten. Wir werden zu Lösungen kommen. Sie haben ja gefordert, dass man sich darum kümmert. Ich finde, es ist folgerichtig, dass man genau das tut, dass man nämlich mit den Beschäftigten darüber redet, insbesondere mit denen, die eventuell von dem Umzug von Hannover nach Hildesheim betroffen sind, um sozialverträgliche Lösungen zu finden.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD] und Helge Limburg [GRÜNE])

Ich sage zu, dass wir das machen werden; denn wir empfinden das als wichtig. Sie haben das in der Vergangenheit nicht ein einziges Mal gemacht. Aus diesem Grunde müssen wir uns von Ihnen dazu letztlich gar nichts sagen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wollen die Regionalpolitik deutlicher in die Regionen bringen. Das ist auch ein erheblicher Unterschied zu dem, was Sie gemacht haben. Sie haben einfach Strukturen hingesetzt und haben starr an ihnen festgehalten. Wir werden die Strukturen immer an die Gegebenheiten anpassen.

Es gibt eine veränderte Problematik. Es gibt Situationen, in denen man gucken muss, was man wie vernünftig organisieren kann. Sie haben Organisa-

tionen geschaffen, deren Abkürzungen man sich kaum noch merken kann.

Da Sie von EDV gesprochen haben: Sie waren es doch, die den Versuch gemacht haben, die EDV nach außen zu bringen. Der Versuch ist kläglich gescheitert; denn wir stehen da vor einem absoluten Scherbenhaufen. Deshalb sage ich Ihnen ganz ehrlich: Da brauchen wir von Ihnen überhaupt keine Ratschläge. Sie brauchen uns auch jetzt nicht zu erzählen, dass das problematisch für die EDV-Betreuung wäre. Da haben wir - neben vielen anderen Punkten - die größte Sollbruchstelle, die Sie hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtig ist, dass man die Menschen in den Regionen mitnimmt. Wichtig ist auch, dass man mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vernünftig umgeht. Das werden wir tun, und Sie werden es erleben. Dazu brauchen wir weder Ihre Unterstützung noch Ihren Antrag. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Wir machen das, was wir vorher gesagt haben. Dass Sie das überrascht, wundert mich allerdings wenig.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Watermann. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, das Wort.

(Zurufe von der CDU)

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Oesterhelweg hatte ja prophetische Gaben, als er sagte, Herr Meyer muss hier jetzt noch reden.

Meine Damen und Herren, das Thema, das wir jetzt debattieren, haben wir vorgestern in der Aktuellen Stunde und auch heute Morgen in der Fragestunde schon umfassend beraten, nämlich die Zukunft des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen: LGLN, so heißt es. Vorhin wurde GLL gesagt, und es wurde wieder alles Mögliche durcheinander geworfen.

Wirklich neue Aspekte sind von Ihnen heute nicht vorgetragen worden. Dennoch möchte ich Ihnen im Namen der Landesregierung noch einmal die neue

Politik für regionale Landesentwicklung mit den vier Landesbeauftragten vorstellen.

(Björn Thümler [CDU]: Lieber nicht!)

Die Landesregierung möchte wieder eine effektive Regionalentwicklung ermöglichen und Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre, die entstanden sind, weil es unter der Vorgängerregierung keine koordinierte Regionalpolitik gab, korrigieren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Unsinn!)

Mit der Regionalpolitik der neuen Landesregierung werden künftig alle Teilräume des Landes gleichwertige Chancen für eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung erhalten. Es gilt, für die einzelnen Regionen individuelle Lösungen für eine positive Entwicklung zu erarbeiten und anzuwenden. Ich glaube, die Regionen haben wir schon oft definiert. Ich bin selber aus Südniedersachsen. Ich weiß, wo das liegt. Wir haben es Ihnen, glaube ich, schon fünfmal erklärt. Herr Oesterhelweg, Sie können noch so oft nachfragen, aber Wolfenbüttel wird, glaube ich, nie zu Südniedersachsen gehören.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, mit Beginn der nächsten EU-Förderperiode - das wissen Sie auch - kommt es auf europäischer Ebene zu inhaltlichen, aber auch zu erheblichen finanziellen Verschiebungen bei den Förderschwerpunkten und leider zu beträchtlichen Rückgängen bei den für Niedersachsen insgesamt verfügbaren Strukturfondsmitteln. Wir wollen die knapper werdenden EU-Mittel künftig schwerpunktmäßig dort verausgaben, wo es ihrer in Niedersachsen am dringendsten bedarf und wo sie zugleich die größtmögliche Wirkung entfalten. Also: lieber Konzentration statt Gießkanne, was unter Ihrer Landesregierung der Fall war.

Meine Damen und Herren, die regionale Landesentwicklung wird künftig im Sinne eines ressortübergreifenden Regionalmanagements wahrgenommen. Die Landesbeauftragten sollen sowohl bei den Förderprogrammen des Landes als auch bei denen der Europäischen Union eine wichtige Rolle spielen und mit den regionalen Akteuren gezielt an der Umsetzung der Programme mitwirken. Selbstverständlich benötigen die Landesbeauftragten einen qualifizierten Unterbau mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Das LGLN existiert ja erst seit 2011. Fragen Sie einmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie viele Reformen Sie da gemacht haben! Vor 2005 hieß das heutige LGLN Amt für Agrarstruktur. Ab 2005 hieß es GLL, das dann bis 2011 weiterentwickelt worden ist. In dem Zeitraum hat die Vorgängerregierung einen massiven Personalabbau durchgeführt. Das muss man den Beschäftigten auch noch einmal sagen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Allein in dem Bereich, um den es geht, haben Sie bis 2009 434,5 Stellen abgebaut. Das machen wir nicht. Wir bleiben bei dem Personalbestand. Wir garantieren den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch, dass wir sie weiterhin brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Das LGLN hat zwei fachliche Schwerpunkte. Es geht einmal um die Landentwicklung. Das ist überwiegend der Bereich, der der Fach- und Dienstaufsicht des ML unterliegt. Der andere Bereich ist die Vermessungs- und Katasterverwaltung, die unter der Hoheit oder unter dem Hut des Innenministeriums steht. Von daher gibt es die Struktur der Teilung auch in der Aufsicht über das LGLN. Es ist eben nicht so, dass es einem Ministerium zugeordnet ist, sondern mindestens zwei.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Oetjen?

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ja, gerne.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Herr Minister, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Sie hatten ja gerade davon gesprochen, dass ein Schwerpunkt die Frage der Agrarstruktur bzw. der Dorferneuerung und Flurbereinigung ist. Halten Sie es denn für sinnvoll, dass die Dorferneuerung und Flurbereinigung für den Bereich Hannover zukünftig von Hildesheim aus betreut werden, was weiter am Rand liegt als bei dem Standort Hannover selber? Ist der Bereich dann nicht weiter weg von den Projekten?

(Zustimmung bei der FDP)

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich bin Ihnen für die Frage sehr dankbar; denn man muss den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch Ihnen doch sagen, dass bis auf diese eine Verlegung von Hannover nach Hildesheim, die ihren Grund darin hat, dass wir keine Regierungsvertretung in Hannover haben, die Arbeitsplätze aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am jetzigen Standort bleiben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es gibt nicht nur vier Standorte, sondern zwölf Regionaldirektionen des LGLN. Übrigens wird auch der Landesbeauftragte in Hildesheim drei Regionaldirektionen - inklusive der in Hildesheim - unter sich haben, so z. B. auch die Regionaldirektion, die, glaube ich, in Sulingen liegt. Die zwölf Regionaldirektionen des LGLN werden dem jeweils regional zuständigen Landesbeauftragten zugeordnet. Von daher bleiben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin für die Aufgaben zuständig, die sie bislang erfüllt haben. Sie bleiben - bis auf diese eine Ausnahme, zu der ich gleich noch etwas sagen werde - an ihrem Standort. Das ist der Unterschied zu den Reformen und den Zerschlagungen, die die Vorgängerregierung durchgeführt hat.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb ist es eben auch keine Zerschlagung des LGLN, wenn wir auf diesen bewährten Strukturen aufsetzen und eine Veränderung vornehmen.

Wir erkennen die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Sieht man von geringen Synergieeffekten durch die Vermessungstätigkeit der Katasterverwaltung bei der Flurbereinigung ab, gab es eben keine weiteren nennenswerten fachlichen Synergieeffekte.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Das stimmt nicht! Das ist einfach nicht wahr!)

Weitere Synergien, wie z. B. durch eine gemeinsame technologische Entwicklung, sind nicht eingetreten. Ich versichere Ihnen aber, die gute Zusammenarbeit im fachlichen Bereich wird auch unter der künftigen Organisation aufrechterhalten.

Dann behaupten Sie, wir würden mit dem Kopf durch die Wand wollen, wir hätten nicht geklärt, welche Aufgaben anstünden. - Nein! Das ist der Stil von Rot-Grün: Erst werden im Aufbaustab die

Inhalte und Aufgaben geklärt. Die Aufgaben der Regionalbeauftragten hat Ihnen der Ministerpräsident heute Morgen detailliert vorgelesen. Dann, im zweiten Schritt, auch im Rahmen des Beteiligungsverfahrens, kümmern wir uns um die genaue Personalausstattung. Erst die Aufgaben und die Inhalte, dann das Personal!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Dann sagen Sie, wir würden nicht mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern reden, auch nicht mit den kommunalen Spitzenverbänden - das würden nur Sie tun.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Ich weise nur darauf hin: Mit den Interessenvertretungen hat die Landesregierung bereits am 27. September gesprochen. Die kommunalen Spitzenverbände sowie die Wirtschafts- und Sozialpartner sind am 21. und 22. Oktober informiert worden. Das Ergebnis dieser Informationsgespräche ist, dass die Verbände und Gewerkschaften die Einrichtung von Landesbeauftragten für regionale Entwicklung grundsätzlich befürworten und insbesondere eine bessere Bündelung und Koordinierung der Aufgaben der regionalen Landesentwicklung einschließlich der Förderprojekte ausdrücklich befürworten.

Sowohl mit den Personalvertretungen als auch mit den kommunalen Spitzenverbänden, als auch mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern in den Regionen setzen wir diesen Dialog inhaltlich weiter fort. Sie wissen ja, dass eine Reihe von Regionalkonferenzen schon stattgefunden hat.

(Björn Thümler [CDU]: Ja: Bla, bla!)

Dann sagen Sie, die Personalvertretungen könnten den Sinn nicht erkennen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, ich darf Sie fragen: Lassen Sie eine Zwischenfrage auch des Kollegen Oesterhelweg zu?

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ja, gerne.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte, Herr Oesterhelweg!

Frank Oesterhelweg (CDU):

Vielen Dank, Herr Minister, dass ich zwischenfragen darf.

Wie erklären Sie sich vor dem Hintergrund dieser übergroßen Zustimmung auch der Gewerkschaften, dass in einem Gespräch in der vergangenen Woche, welches wir mit allen Personalräten aller Regionaldirektionen geführt haben, nicht einer dieser Auffassung war? Wie erklären Sie es sich eigentlich, dass sie alle unseren Antrag nicht nur gut fanden, sondern ihn sogar mit erarbeitet haben?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, bitte schön!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sie nehmen ein Beteiligungsverfahren vorweg. Wir reden, bevor wir Ende des Jahres im Kabinett endgültig darüber entscheiden, jetzt intensiv mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit den Personalvertretungen über die Konzepte, hören uns ihre Argumente an und werden Verbesserungsvorschläge, wenn sie besser sind als unser Modell, gerne aufgreifen.

Aber was Sie jetzt tun, ist, Angst bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu schüren. Ich sage noch einmal: Es ist ganz anders als bei Ihnen.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Die haben sich an uns gewandt, Herr Minister!)

Niemand wird entlassen. Sie haben damals über 400 Stellen abgebaut

(Ulf Thiele [CDU]: Wir haben keine Leute entlassen!)

und haben massive Einsparauflagen in dem Bereich gemacht.

(Björn Thümler [CDU]: Wo sind denn Leute entlassen worden?)

- Sie haben da zusammengestrichen, über 400 Stellen sind ab - - -

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Wo sind die Leute entlassen worden? Das stimmt doch gar nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich habe nicht gesagt, dass Sie entlassen haben.

(Zurufe von der CDU: Das haben Sie gesagt! Doch! Gerade eben! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich habe gesagt: Wir werden nicht entlassen. - Und ich habe darauf hingewiesen, dass Sie insgesamt - - -

(Zurufe und Widerspruch von der CDU - Unruhe)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, ich glaube, die Zwischenrufe von Ihnen sind beim Herrn Minister angekommen. Aber er hat jetzt das Wort und darf ungestört weiterreden.

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich merke, dass Sie das trifft, aber Sie haben 472 - - -

(Zurufe von der CDU: Nein! Unsinn! - Zurufe von der SPD zur CDU - Gegenruf von Editha Lorberg [CDU]: Man muss sich nicht alles gefallen lassen! - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Drücken Sie sich präzise aus!)

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in ihrer Amtszeit 472,5 kw-Vermerke in diesem Bereich ausgebracht. Davon sind bis Ende 2009 434,5 vollzogen worden, also Stellen abgebaut worden.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Aber nicht entlassen! Das ist ein Unterschied!)

Das ist Ihre Bilanz. Und ich habe gesagt: Wir entlassen keinen, und wir bauen auch keine Stellen ab.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Wir haben auch keine entlassen! Unterstellen Sie das doch nicht!)

- Das habe ich auch nicht gesagt! Ich kann nur sagen, was wir machen: Wir entlassen keinen!

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, bevor Sie fortfahren, muss ich Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage der Kollegen Hilbers und Thiele zulassen.

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Nein. Ich habe jetzt mehrfach erklärt, wie die Stelleneinsparungen bei Ihnen waren.

Ich erkläre noch einmal: Für die Verlegung zum Standort Hildesheim werden sozialverträgliche Lösungen erarbeitet, um persönliche Härten für die Beschäftigten zu minimieren. Der besondere Fokus wird dabei auf dem Standort Hildesheim sowie auf den Querschnittsbereichen liegen. Schwerbehinderte und Teilzeitkräfte werden dabei besonders betrachtet.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben, damit Sie nicht wieder Ängste schüren: Die Aufgaben der Landentwicklungsverwaltung und der Katasterverwaltung bleiben unverändert erhalten. Die Standorte der bisherigen Regionaldirektionen bleiben bis auf die eine Ausnahme unverändert erhalten. Und - das ist ein großer Unterschied zu den Zerschlagungen und Einsparungen, die Sie vorgenommen haben - mit der Bildung der Ämter für regionale Landesentwicklung sind Einsparauflagen in der Erledigung der Fachaufgaben nicht verbunden. Auch das sollten Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitgeben, anstatt bei ihnen Ängste um ihre Jobs zu schüren; diese sind völlig unbegründet.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, wir können noch nicht zur Ausschussüberweisung kommen. Die FDP-Fraktion hat um zusätzliche Redezeit gebeten, die ihr nach der Geschäftsordnung auch zusteht. Herr Kollege Oetjen, Sie haben für zwei Minuten das Wort.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte hier gerne nur eine klarstellende Aussage vom Herrn Minister; denn Sie haben hier gerade gesagt, dass es - abgesehen vom Standort Hannover, der nach Hildesheim verlagert wird - keine Versetzungen geben wird, dass keine Kolleginnen und Kollegen den Dienstort wechseln müssen.

Ich möchte, dass Sie hier noch einmal ganz klar sagen, dass es auch keine Kolleginnen und Kollegen aus den Querschnittsbereichen, die es an jedem einzelnen Standort gibt, geben wird, die ihren Standort wechseln müssen, um an die Zent-

ralstandorte nach Lüneburg, Braunschweig, Hildesheim oder Oldenburg zu kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Oetjen hat von zusätzlicher Redezeit Gebrauch gemacht. Wir sind richtigerweise nicht in der Fragestunde. Wenn es keine Wortmeldungen gibt, kann ich niemanden aufrufen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Ich stelle fest: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

(Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Deswegen, meine Damen und Herren, kommen wir zur Ausschussüberweisung. - Wir alle wissen, dass all die Fragen im Ausschuss beraten werden können.

Deswegen frage ich Sie jetzt, ob Sie der Empfehlung des Ältestenrates zustimmen, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung mit der Beratung zu beauftragen. Wer so entscheiden will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ausreichend unterstützt und wird so geschehen.

Wir sind am Ende des Tagungsabschnitts angekommen. Ich bitte Sie, noch kurz auf den Plätzen sitzen zu bleiben, weil ich Sie gemäß Geschäftsordnung informieren möchte und muss, dass der nächste, der 10. Tagungsabschnitt für den 10. bis 13. Dezember 2013 vorgesehen ist. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn der Sitzung und die Tagesordnung festlegen.

Ich schließe diesen Tagungsabschnitt und die heutige Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Schluss der Sitzung: 12.47 Uhr.